



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Hakenkreuzbanner. 1931-1945 1 (1931)

21 (13.5.1931)

[urn:nbn:de:bsz:mh40-252979](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-252979)

Nr. 21
Jahrg. 1

Offizielles Partei-Organ.
Das Faltenheft-Banner erscheint 2 mal wöchentlich u. liefert monatlich eine Beilage mit 125. Belegungen bei den Postämtern und bei den Briefträgern, sowie beim Verlag, Mannheim, U. 6. 24. - Zahlungs- u. Bestellungen: 4775 Ludwigshafen.



Einzelpreis: Die abgegebene Illustrierung beträgt 10 Pfg. Mehrerhebung nach dem Tarif. Nachdruck für Anzeigen, Postlager und Donnerstag 12 Uhr. - Bei Kauf der Lieferung ist eine höhere Anzahl, vollständiger Druck, Betriebsführung, Streif u. l. w. besteht kein Anspruch auf Nachzahlung oder Nachlieferung.

Mannheim
13. Mai
1931

Die nationalsozialistische Zeitung der Bezirke Mannheim-Weinheim

Das Banner
MANNHEIM

Disziplinarverfahren gegen Dr. Heimerich?
Bankrott der Futterkrippenparteien! Fürchterliche Angst vor der Wahrheit! Ungeheuerliche Etatverschleierungen! Unfähigkeit und Parteilichkeit des roten O.B.! Parteibuchwirtschaft gründlich entlarvt! Aufsehenerregende Enthüllungen über die Mißwirtschaft!
Trotz „Artikel 48“ voller Sieg der Nazis!

Heberblick:

Wochenlang schon sieht den Mannheimer Regierungsparteien und ihren Steigbügelhaltern die Angst vor der kommenden Abrechnung im Bürgerausschuß in den Knochen. Tagelang wurde hinter verschlossenen Türen beraten, mit welchen Mitteln man die Opposition mundtot machen könne, damit ja nichts von all dem, was in den letzten 13 Jahren „gearbeitet“ wurde, ans Licht der Öffentlichkeit dringe. Welche Taktik werden diesmal die verfluchten Nazis einschlagen? lautete die immer wieder gestellte Frage in ihren Geheimisungen. „Wird es uns gelingen, sie halt zu stellen,“ fragte man sich voller Verzweiflung. Es war ja alles so schön eingefädelt, zu schön allerdings, um in Erfüllung zu gehen. Da hatte man zunächst die Sitzordnung, mit Hilfe der man bestimmt erwartete, daß die „Nazis“ und Kommune sich gründlich in die Haare geraten würden. Ja, es wäre so schön gewesen, den lachenden Dritten zu spielen. Und so mancher der „Bongens“, deren Körperumfang im umgekehrten Verhältnis zur Größe ihrer Gehirne stehen, rechnete im Stillen mit dem erneuten Auszug der Hakenkreuzler aus dem Bürgerausschuß. Wie hätte man sich darüber gefreut! Man wäre so schön unter sich gewesen. Man hätte seine Weisheit so in schönster Ruhe und Ordnung verzapfen können! Man hätte sich an seine schwarzrot-bürgerliche Brust geklopft und vor der bekanntlich ja so willfährigen Presse mit Erfolg den so verantwortungsbewußten Kommunalpolitiker gespielt. Man hätte sich vor der Öffentlichkeit natürlich auch gegenseitig so ein bißchen bekämpft, man wäre — Gott bewahre — nicht in Allem einer Meinung gewesen, denn die Öffentlichkeit wünscht das nicht. Aber wie leicht wäre es gewesen, die NS. als Dummköpfe zu bezeichnen, die sich nur deshalb von der Mitarbeit gedrückt haben, weil sie vom Etat überhaupt nichts verstehen. Zu schade! — Ein Strich ging durch die Rechnung!

War schon die nicht genehmigte Aenderung der Sitzordnung ein Schuß, der wie bei dem heutigen System gegenüber den NS. so üblich nach hinten los ging; so war die so fein ausgeklügelte Aenderung der Geschäftsordnung, mit der man, falls die vorhin angeführte erste Rechnung nicht stimmte, die Opposition zu erledigen gedachte, erst recht ein Schlag ins Wasser. Denn so wenig dem Feigling ein scharfes Schwert helfen kann, ebenso wenig einem unfähigen Oberbürgermeister eine mit jüdischer Raffinesse ausgeklügelte Geschäftsordnung! Und auch das dritte und letzte Mittel (Beschränkung der Redezeit auf ein Minimum), das in Verbindung mit dem zweiten unbedingt helfen sollte, und dessen Ausarbeitung so viel von dem ohnehin so knappen Gehirnschmalz gekostet hat, versagte, versagte restlos, weil die NS. erkannten, was gespielt werden sollte. Und so kam es, daß ein „sozialdemokratischer O.B.“ die Nerven verlor und zwar so gründlich verlor, daß er seine eigene Geschäftsordnung restlos vergaß, ja, daß er sich derart gründlich in Gegenlag zu den bestehenden gesetzlichen Vorschriften setzte, daß auch eine wohlwollende Staatsaufsichtsbehörde nicht umhin können wird, bei Herrn Oberbürgermeister Dr. Heimerich etwas nach dem Rechten zu sehen. Und wenn dieses recht gründlich geschieht, so liegt es nur im Interesse der Großstadt Mannheim... und wenn nichts geschieht!... es gibt ja wohl auch im Zeitalter einer gefesselten Justiz noch deutsche Gerichte und deutsche Richter!!

Unsere Beschwerde an den Landeskommissär!

An den Herrn Landeskommissär
vertreten durch Herrn Landrat Dr. Outh-Bender
Mannheim.

2. 5. 1931.

Betrifft: Bürgerausschußsitzung vom 8. Mai 1931.

Die Nationalsozialistische Bürgerausschuß-Fraktion ersucht den Herrn Landeskommissär um sofortiges Einschreiten gegen den Herrn Oberbürgermeister Dr. Heimerich der Hauptstadt Mannheim, der sich in der gestrigen Sitzung des Bürgerausschusses unglaubliche Versätze gegen die Badische Gemeindeordnung und die Geschäftsordnung des Bürgerausschusses zuschulden kommen ließ.

Wir ersuchen weiterhin Einsichtnahme in das amtliche Stenogramm der gestrigen Sitzung nehmen zu wollen, woraus sich ohne weiteres die Einleitung eines Disziplinar-Verfahrens gegen Herrn Dr. Heimerich mit dem Ziel der Dienstentlassung rechtfertigt.

Wir ersuchen um sofortigen Erlaß einer einstweiligen Verfügung dahin gehend, daß der gestrige „Beschluss“ des Bürgerausschusses, mit dem der Etat „genehmigt“ wurde, rechtsunwirksam wird. Wir behalten uns weitere Uebermittlung von Material vor, falls solches nach Durchsicht des amtlichen Stenogramms noch notwendig sein sollte.

Die Rechtungültigkeit des „Beschlusses“ ergibt sich ohne weiteres schon aus folgender Tatsache: Herr Dr. Heimerich ließ über einen Antrag abstimmen, der bei dem fürchterlichen Tumult im Sitzungssaal von keinem einzigen Mitglied des Bürgerausschusses im Saale verstanden werden konnte. Auch war dieser Antrag in keiner anderen Weise den Mitgliedern des Bürgerausschusses bekannt gegeben worden. Bei Wortmeldungen zur Geschäftsordnung (zu diesem Antrag) des Stadtrat Dr. Orth (NS.) und des Stadtschrecks (KPD.) wurde von Herrn Dr. Heimerich zugejagt, daß nach Verlesung seines Antrages beide Sprecher zur Geschäftsordnung sprechen könnten. Trotz dieser Zusicherung erfolgte nach „Verlesung“ dieses Antrages keine Worterteilung an die beiden Obigen, sondern (die Mannheimer Presse selbst berichtet, daß seit Bestehen des Bürgerausschusses noch nie ein solcher Tumult geherrscht hat) sofortige „Abstimmung“ und sodann Schließung der Sitzung.

Achtzehn Mitglieder der Nationalsozialistischen Bürgerausschuß-Fraktion sind bereit, obige Tatsachen eidlich zu erhärten.

Die Bürgerausschußfraktion:
Feil, Stadtrat.
Kotter, Stadtoerordneter.

Wir bringen nachstehend einen gedrängten Bericht der Bürgerausschußsitzungen vom Mittwoch und Donnerstag und in ausführlicher Weise die historische, uns NS. unvergeßliche Sitzung vom Freitag, den 7. Mai 1931.

1. Tag:

Hitters Brauhenden im Bürgerausschuß.
Eine neue Epoche in der Geschichte der Stadt Mannheim.

Punkt 4 Uhr. Tribüne und Sitzungssaal vollbesetzt, nur die NS. fehlen noch. Da öffnet sich die hintere Lüre des Saales und herein marschieren die achtzehn Vertreter des deutsch denkenden und fühlenden Teiles der Mannheimer Bürgerschaft im braunen Ehrenkleid der deutschen Freiheitskämpfer. Einzelne sich aus dem Gros der „Volksvertreter“ hervorragende höhnische Bemerkungen prallen wirkungslos an der eisernen Ruhe und dem festen und sicheren Auftreten unserer Kämpfer ab. Die Plätze werden eingenommen und schon eröffnet der O.B. die Sitzung, sofort auf die Tagesordnung eingehend. Zur Debatte steht: „Aenderung der Geschäftsordnung“ (Vergl. Artikel 48 der N. B.). Zunächst das übliche Intermezzo der KPD. Pg. Stv. Quirin lehnt als Mitglied des Stadtoerordnetenvorstandes die Aenderung der Geschäftsordnung ab, da sie den parlamentarischen Regeln widerspreche. — Pg. Stv. Kotter verliest folgende Erklärung:

Erklärung.

Nur die Wichtigkeit der Etatberatung veranlaßt uns, von der Regelung der Sitzordnung bei der heutigen Sitzung abzuweichen. Wir betonen hiermit noch einmal ausdrücklich, daß wir nach wie vor daran festhalten, daß die im deutschen Reichstag übliche Sitzordnung auch für die hiesigen Verhältnisse angewandt wird. Wir behalten uns vor, auf diese Angelegenheit zu gegebener Zeit zurückzukommen.

Nach Begründung der Vorlage durch den Stadtoerordnetenvorstand Juden Dreifuß (Zwischenruf: Maulkorbgesetz, Knebelungsgesetz, das ist ihre Bankrotterklärung, wiederholte Pfuirufe) erhält Stv. Schreck (KPD.) das Wort. Er begibt sich mit einem Bündel Akten zum Rednerpult und leiert in stolischer Ruhe seine Grammophonplatte ab. Mehrmals vom O.B. zur Sache gerufen, wird ihm schließlich das Wort entzogen. (Rufe: Weiter reden!) Schreck redet unentwegt weiter. Die Sitzung wird aufgehoben. Die Regierungsparteien verlassen den Saal 1/5 Uhr. Jetzt läßt der O.B. die Tribüne räumen, die sich, von einzelnen Käufern abgesehen, bis jetzt sehr ruhig verhalten hatte. Stürmische Protestrufe der Opposition setzen ein. Ein Sprecher ertönt: „Wer hat uns beraten? Die Sozialdemokraten! Wec macht uns frei? Die Hitlerpartei!“ Das Horst Wessel-Lied ertönt die Internationale. Heilrufe erschallen von der Tribüne, die von unseren Brauhenden stürmisch erwidert werden. Bis zur Räumung der Tribüne herrscht eine ungeheure Empörung im Sitzungssaal. Dann tritt etwas Ruhe ein. Schreck spricht weiter, von ständigen ironischen Zurufen der auf ihren Plätzen verbliebenen Nazis begleitet. (Rufe: Schreck, halt jetzt e mool bei Maul! Hast lang genug geredd, laß mich jetzt e mool rede... Oh Schreck, laß nach!). Als er von den Nazis-kapitalisten sprach, antworteten ihm die Brauhenden, mit

Am 15. Mai spricht Dr. Goebbels in Mannheim

herzerlöschendem Gelächter, zeigten ihm ihre leeren Geldbeutel (do, gude neil), sodas Schreck selbst lächeln mußte. Na, schließlich war er am Ende!

Der OB. eröffnet die Sitzung wieder und kündigt Schreck eine Klage wegen Hausfriedensbruch an (woran er wohl selbst nicht glaubt). Das Wort erhält Stv. Wandel (KPD.). Er macht es wie Schreck, spricht über die Redezeit hinaus. Erneute Unterbrechung der Sitzung (5 Uhr). Wenige Minuten später Wiedereröffnung. Die üblichen Ordnungsrufe! Stv. Möckel beantragt Schluß der Debatte (immer die letzte Weisheit dieses sterbenden Systems). Erregter Widerspruch. Zwischenrufe, schließlich Annahme des Antrages gegen die NSDAP und KPD. Wortmeldung zur Geschäftsordnung. Der OB. weicht nicht recht, wenn er das Wort erteilen soll. Erneuter ungezügelter Tumult. Die Kommune stimmt die Internationale an. Die Braunhemden antworten mit kräftigen Rechten mit dem Horst Wessel-Lied und erhobenen Händen. Währenddessen (!) läßt der OB. über den Geschäftsordnungsänderungsantrag abstimmen. Er überblickt die erhobenen Hände und stellt mit Befriedigung in seinem kindlichen Gemüte die Annahme des Antrages fest. Pg. Stadtrat Dr. Orth meldet sich sofort zur Geschäftsordnung. Es sei unerhört, in welcher Weise der OB. die Geschäftsordnung handhabt. Die Abstimmung sei selbstverständlich ungültig. Sie stehe im schroffen Widerspruch zur Gemeindeordnung. Ich beantrage namentliche Abstimmung. — Pg. Stv. Fehrmann meldet sich zum Wort. Der OB. ist hilflos, da erneut wüste Tumulte einsehen. Pg. Fehrmann spricht am Rednerpult über die Knebelung der Opposition. Wir bringen keine Rede im Wortlaut. Sie ging im Rabau größtenteils unter.

Die nationalsozialistische Fraktion erblickt in der ungeordneten Verschärfung der Geschäftsordnung, welche durch die beantragte Aenderung des § 19 erfolgen soll, eine neue unerhörte Knebelung der Rechte und Pflichten der Stadtoverordneten. Es ist dies ein neues Maulkorbgesetz, welches sich würdig an die entsprechende Verschärfung der Geschäftsordnung im Reichstag und an die Notverordnung anlehnt.

Wir NS. sind selbstverständlich für Ordnung in den Bürgerausschüssen und halten hierfür die alte Fassung des § 19 für vollständig ausreichend. Es liegt gar keine Veranlassung vor, diesen § zu ändern.

Wir erblicken jedoch in der beantragten Aenderung lediglich eine bequemere Handhabung gegen die nationalsozialistische deutsche Opposition, zu deren Behämpfung wohl die alten Mittel nicht mehr ausreichend sind.

Aber auch diese Kniffe, mit denen das sterbende System noch gerettet werden soll, werden nicht mehr helfen. Auch der „Abbau des Parlamentarismus“, von dem mit Recht der kommunistische Redner gesprochen hat, wird die hungernden und an Steuern verblutenden Schichten des erwachenden deutschen Volkes nicht mehr davon abbringen, nach Recht und Einheit auch bei den Stadtverwaltungen zu verlangen.

Das jüdisch-demokratische System, mit welchem das deutsche Volk seit fast 13 Jahren zugunsten der internationalen Ausgebeuteten, ist am Ende seiner Kunst angelangt. Es hilft nichts mehr. Und genau so wie durch jedes Blutopfer des erwachenden Deutschlands hundert neue Kämpfer in unsere Reihen hineingedrängt werden, genau so wird auch jedes Knebelungsgeheiß wie z. B. der vorliegende Antrag letzten Endes dazu führen, daß die Zahl der mit uns sympathisierenden Volksgenossen um Tausende und aber Tausende vermehrt wird.

Wir NS. werden jedenfalls mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln dafür sorgen, daß das herrschende System und die damit eng verbundene Ausbeutung des deutschen arbeitenden Volkes durch die internationale Hochfinanz recht bald und reiflos beseitigt werden. Die täglich steigende Not auf allen Gebieten diktiert uns diese Pflicht.

Euch aber, deutsche Volksgenossen, die ihr hier versammelt seit (von den Juden spreche ich nicht, denn denen geht es immer umso besser, je schlechter es dem deutschen Volke geht) rufe ich zu: Wer nach diesem Aufstand der Bürgerausschüsse sich noch darüber im Zweifel ist, wohin der Kurs führt, der will oder kann nicht sehen. Aber die Zeit drängt und gar bald werden Sie vor der endgültigen Entscheidung stehen, und diese Entscheidung wird heißen: Hakenkreuz oder Sowjetstern.

Während des allgemeinen Lohwadows läßt der OB. die Regierungsparteien Mann für Mann zur namentlichen Abstimmung an seinen Platz herantreten und verkündet kurz darauf die Annahme des Antrages. Scharfer Widerspruch. Lärm. Pg. Dr. Orth springt von seinem Sitz auf, meldet sich zur Geschäftsordnung und erklärt erneut, daß die Abstimmung ungültig sei. Er werde wegen der parteilichen Handhabung der Geschäftsordnung Beschwerde beim Landeskommissar erheben. Kleinlaut verkündet der OB. darauf, man könne ja noch einmal abstimmen. Und siehe da, jetzt endlich macht er's richtig. Die Zurechtweisung hatte also doch genügt. Der Antrag wird darauf gegen die Stimmen der NSDAP, deren Vertreter einzeln erklären, daß sie die Abstimmung nicht anerkennen, und der KPD. angenommen. (Pfeifereien, Ordnungsrufe). Pg. Stadtrat Dr. Orth beantragt Wiederherstellung der Öffentlichkeit in namentlicher Abstimmung. Der OB. verhafte hier andauernd gegen die Gemeindeverwaltung. Die Tribüne habe sich durchaus ruhig verhalten. Ein Grund zur Ausschließung der Öffentlichkeit liege nicht vor. Der OB. habe nur das Recht, einzelne Zuhörer gegebenenfalls auszuweisen. Der „sozialdemokratische Jude Hirschler erklärt den Antrag für ungültig (Zwischenruf: Jowas nennt sich Rechtsanwalt! Rechtsordnungsreher! Lärm und Ordnungsrufe). Schließlich wird der Antrag in namentlicher Abstimmung gegen die Sozis und einen Teil der Bürgerlichen angenommen und die Öffentlichkeit wieder hergestellt. Zur Debatte steht jetzt die Vorlage 1b. Sie befaßt im wesentlichen, daß Anträge, deren Durchführung der Stadt Mannheim verminderte Einnahmen oder erhöhte Ausgaben verursachen, nur dann zugelassen werden dürfen, wenn die Deckung nachgewiesen wird.

Pg. Stadtrat Dr. Orth: Die Vorlage ist ein Beweis für den bevorstehenden Bankrott der Stadtverwaltung. Um die wahre Lage der Stadt Mannheim nicht an die Öffentlichkeit dringen zu lassen, versucht man jetzt die nationale Opposition mit allen erdenklichen Mitteln zu knebeln. Der vorliegende Antrag sei 13 Jahre zu spät eingebracht worden. Er hätte sofort nach dem 9. November in die Geschäftsordnung aufgenommen werden müssen. Dann wäre den Mannheimern oteles erspart und erhalten geblieben. In den vergangenen 13 Jahren aber hätten die schwarz-rotten Regierungsparteien nur maßlose Mißwirtschaft getrieben und fast alles das ver-

schleudert und vergeudet, was zuvor durch Fleiß, Tüchtigkeit und Sparsamkeit erarbeitet worden sei. Sie hätten das Geld mit Schuppen und Schaufeln zum Rathausfenster hinausgeschleudert. Fast 10 Millionen seien verbludert worden, allein für Hotel, Ausstellungshalle und OB-Villa. Jetzt sei man am Ende. Aber statt den Bankrott einzugehen, verschärfe man die Geschäftsordnung und suche die Öffentlichkeit auszuschließen. Letzteres ist umso merkwürdiger, als Sie (zu SPD. und Zentrum gewendet) bisher immer in der Öffentlichkeit und in Ihren Zeitungen behauptet haben, wenn die Wähler der Nazis diese beim Arbeiten sehen könnten, hätten sie bald genug. Und jetzt, wo sich die Gelegenheit bietet, in der Öffentlichkeit zu verhandeln, suche man die Wahrheit durch Ausschluß der Öffentlichkeit zu verbergen. Doch das deutsche Volk erwache, es erkenne, wer die Verbreiter und Betrüger seien und in kurzer Zeit werden alle ihre Verträge und Geschäftsordnungen nichts mehr sein als ein in Fetzen gerissenes Stück Papier. Stadtrat Dr. Orth ward wegen des Ausdrucks „verbludert“ zur Ordnung gerufen. Stv. Jude Hirschler versucht die Lage Mannheims als günstig hinzustellen. Stadtrat Dr. Orth erklärt trocken: „Ein Jude weiß das ja besser.“ Dr. Orth erhält einen Ordnungsruf, springt auf und meldet sich sofort zur Geschäftsordnung. Nachdem der Jude Hirschler mit seinem Gefreies zu Ende ist, erklärt Pg. Dr. Orth: Ich stelle zu wiederholtem Male fest, daß der Vorsitzende die Geschäftsordnung parteilich handhabt. Mit Befriedigung sehe ich, daß der OB. bereits Antisemit geworden ist, denn sonst könnte er das Wort „Jude“ nicht als Beleidigung empfinden. Gleichwohl beantrage ich namentliche Abstimmung über die Zulässigkeit des Ordnungsrufes. Empörung bei OB. und Regierungsparteien, ob dieser Störung und Sabotierung der „sachlichen“ Arbeit. Dies nützt jedoch nichts. Wenn diese Herrschaften ihrerseits glauben, die Opposition allein mit der Geschäftsordnung terrorisieren zu können, so irren sie sich. Die NS. erzählten gründlich mit den Herren „verantwortungsbewußten“ Parlamentariern. Durchaus richtig so! Denn bekanntlich erzeugt Druck Gegendruck und mit dem Druck (Terror) habi ihr begonnen und nicht die Opposition.

Es erfolgt namentliche Abstimmung über die Berechtigung des Ordnungsrufes wegen des Ausdrucks „Jude“. Sämtliche Parteien mit Ausnahme der KPD., die sich der Stimme



„Parlamentarismus“

enthielt (siehe Rufzahl: 4/5 der Volkskommissare sind Juden) und selbstverständlich der NS. erbildeten in dem Ausdruck „Jude“ eine Beleidigung (Pfeifereien der NS.). Pg. Stadtrat Feil erhält einen Ordnungsruf. Stadtrat Feil: Ich danke Ihnen, Herr Oberbürgermeister! (Erneuter Ordnungsruf!) Der jüdisch aussehende Stv. Dr. Wolfram (Staatspartei) findet es für notwendig, verächtliche Bemerkungen über die Uniformierungen unserer Kämpfer zu machen. (Erregte Zwischenrufe der NS. Für euch Bonzen ist unsere Uniform viel zu schade.) Die Vereinigten Gruppen beantragen, die Vorlage 1b auf 2 Jahre zu befristen. (Zurufe der NS.: Glaubt ihr denn wirklich, daß euer System noch 2 Jahre hält? Bei der Abstimmung enthalten sich die NS. der Stimme.

Dr. Helmerich appelliert nach erneutem andauernden Lärm, Zwischenrufen und Ordnungsrufen an die Vernunft mit dem Bemerkung: „Was wird die Bürgerschaft davon denken (wir NS. wissen, was die Bürgerschaft von der Stadtverwaltung und dem Stadtparlament denkt. Solange die Bonzen unter sich an der Futterkrippe fassen, herrsche Ruhe und Ordnung. Es mußte zwangsläufig zum Krach kommen, nachdem NS. im Parlament sahen, die für Geschwäh, Ruhhandel und Phrasen kein Verständnis haben, sondern als ehrliche Kämpfer brutal und täuschungslos die Interessen des schaffenden deutschen Volkes vertreten.) Das Theater geht weiter, die verschiedenen Vertreter der „Vereinigten Gruppen“ betonen erneut ihre sachliche Mitarbeit und ihr Verantwortungsbewußtsein. SPD. und KPD. gerate sich in die Haare. Es hagelt Zwischen- und Ordnungsrufe. Der Kommunist Wandel wird aus dem Saale gewiesen. Die Vorlage wird gegen die Stimmen der NS. und KPD. angenommen. Der Zusatzantrag der bürgerlichen Gruppen bei Stimmeneinstimmung der NS. abgelehnt.

Es gelangen nun die verschiedenen Vorlagen zur Abstimmung:

Vorlage 1: Straßenerstellung auf dem Pfingstberg. Pg. Stv. Thöng (NS.) erklärt, daß wir grundsätzlich für die Vorlage einreten, daß wir aber gegen jede Anleihe- und Schuldenpolitik sind. Die Herstellung der Straßen mögen aus Geldern, die aus dem Verkauf von Grundstücken und Bauplänen erzielt werden, finanziert werden. Stv. Heltinger (SPD.) regte einen Omnibusverkehr für den Pfingstberg an. (Wie erklärt sich das damit, daß der sozialdemokratische Stadtrat Schneider erst vor wenigen Tagen im Reichstags Ausschuss erklärte: Die Pfingstbergsiedler verdienen keinertes Entgegenkommen der Stadt!)

Vorlage 2: Straßenerweiterung am Reichardamm bei Neustadtheim. Pg. Stv. Thöng kritisierte auch hier die beabsichtigte Aufnahme von Anleihen und wünscht Auflösung der OB. als A.-G. und Übernahme in die städt. Straßenbahn. Der OB. hält es mit seiner Würde als Vorsitzender für vereinbar, den NS. zuzurufen: Sie würden besser schweigen.

Erregt springt Pg. Stv. Kother auf und erklärt in scharfem Tone: Namens meiner Fraktion muß ich es mir ganz energisch verbitten, uns Belehrungen zu erteilen. Wir sind nicht für Sie da, sondern Sie für uns. Sie werden von uns bezahlt. Werken Sie sich das und stellen Sie sich danach ein! Pg. Dr. Orth erklärt zur Geschäftsordnung, die Vorlage stehe im Widerspruch zur vorhin erst angenommenen Geschäftsordnungsänderung, wonach Ausgaben nur bei Nachweis der Deckungsmittel bewilligt werden dürfen. Anleihen, also Schulden, sind selbstverständlich keine Deckung. Hierauf der OB.: „Sie sind ja so naiv!“

Vorlage 3: Erstellung des neuen Kraftwagenschuppens. Die NS. beantragen die Erstellung aus dem Erneuerungsfonds. Da dieser Antrag keine Abstimmung findet, stimmen die NS. dagegen.

Vorlage 4: Aufhebung der Almendguteigenschaften in den Vororten. Stv. Pg. Marzellen, Seckenhelm, lehnt die Vorlage ab, da die Aufhebung der Almendguteigenschaften Sache des Bürgerausschusses und nicht des Stadtrates sei. Die Ermächtigung an den Stadtrat könne er nicht gut heißen, da bei der parteipolitischen Zusammenstellung des Stadtrates und in anbetragt der Schweigepflicht der Mitglieder kein Vertrauen dazu besteht, daß Schädigungen von alten Leuten vermieden werden. Die Vorlage wird gegen die Stimmen der NS. angenommen.

Vorlage 5: Die Stellung eines stellvertretenden Gemeindevorstehers wird ohne Debatte angenommen.

Vorlage 6: Verwaltung der städt. Wohnungen. Pg. Stadtrat Dr. Orth erklärt, mit der Vorlage stellt sich die Stadtverwaltung ein Armutszeugnis aus. Die Stadt Mannheim besitzt doppelt soviel Wohnungen als die Gemeinnützige Bau-Vereinsgesellschaft. Wenn eine Vereinfachung der Verwaltung durchzuführen ist, so kann nur die Übertragung der Verwaltung der Häuser der Gem. Baugesellschaft an die Stadt. Hausverwaltung in Frage kommen. Ueberdies ist die Gem. Baugesellschaft in ihrer Leitung eine rote Domäne, zu der jedes Vertrauen fehlt. Es besteht die außerordentliche Gefahr, daß die aus dem Vertrag sich ergebenden Rechte von der Gem. Baugesellschaft nicht in sachlicher, sondern in parteipolitischer Weise durchgeführt werden. Wir beantragen Übertragung der Verwaltung der Wohnungen an die Stadt, Hausverwaltung. Diese sei dann dem Hochbauamt zu unterstellen. Wenn auch die Gem. Baugesellschaft ein zu 90% jüdisches Unternehmen sei, sei dieses als O. m. v. H. durch die veränderte Rechtsgrundlage größtenteils der Aufsicht des Stadtrates entzogen.

Pg. Stv. Kother stellt ebenfalls fest, daß eine O. m. v. H. wie die Gem. Baugesellschaft sie darstellt, nach ganz anderen Grundfragen geführt wird als ein städt. Betrieb. Zudem erhalte die Gem. Baugesellschaft für die Verwaltung eine außerordentlich hohe Entschädigung. Viele Gelder dürfen der Stadt nicht entzogen werden. Er beantragt namentliche Abstimmung. Pg. Stv. Dr. Orth wünscht Abstimmung über seinen Antrag. Der OB. erklärt, daß solche Anträge nur schriftlich vor Beginn der Sitzung eingereicht werden. Daraufhin ließ sich Pg. Dr. Orth dazu verleiten, seinen schriftlich formulierten Antrag nicht abzugeben (nachträgliche Feststellung: nach § 15 der Geschäftsordnung können Änderungsanträge auch schriftlich während der Sitzung eingereicht werden.) Die Vorlage wird hierauf mit 57 Stimmen (SPD., Zentrum, Co. PD.) gegen die übrigen angenommen. Auch bei den obigen Vorlagen kam es häufig zu Kärmjungen infolge des provokatorischen Verhaltens der SPD. und der parteilichen Handhabung der Geschäftsordnung durch den OB. Schluß der Sitzung um 8 1/2 Uhr.

3. zweiter Tag:

Sozialdemokratisch-Bürgerliche Quasifusion. Unerhörte Provokation durch den OB.

Sofort nach Beginn der Sitzung erhält Dr. Orth das Wort zur Geschäftsordnung. Er stellt fest, daß der gestrige Beschluß des Bürgerausschusses betr. Städtischer Hausverwaltung rechtsungültig sei, da der OB. im Widerspruch zu § 15 der Geschäftsordnung einen NS.-Antrag nicht zugelassen habe. Dr. Helmerich bestreitet dies und fügt zu Dr. Orth gewendet hinzu: „Im übrigen ist mit Ihrer Urteil nach der Art, die Sie bisher gezeigt haben, vollkommen gleichgültig!“ Zuruf: „Sie führen Ihren Vorfall ja nicht als Oberbürgermeister, sondern als Sozialdemokrat!“

Dies letzte die Entrade des OB. ein, der sich nicht genug Selbstlob spenden konnte. Es waren die bekannten sozialdemokratischen Traden mit den üblichen Sprüchen von Hoffnungen, Wünschen und Besserwerden, wie wir sie schon 13 Jahre gewohnt sind. Das einzige Positive, was dem oberbürgermeisterlichen Gehirn entsprang, war das Zugeständnis, daß sämtliche Steuerquellen erschöpft sind, nur zu Bürgersteuer (Zwischenruf: „Regiersteuer!“ Runter mit Ihren hohen Gehältern! Sie merken nichts von Noth) können noch Zuschläge erhoben werden. (Zurufe: „Aha!“) So sehen Sie aus! Fangen Sie oben an zu sparen! Interessant ist, daß sich der sozialdemokratische Dr. Helmerich gegen den Beschluß des Stadtrates auf Einführung des 8-Stunden-tages bei der Straßenbahn wendet und damit seinen roten Genossen, deren Antrag sicherlich nicht ernst gemeint war, eine schallende Ohrspeise versetzt. Nach dem üblichen Appell an den Stadtgeist und Bürgerinn (Zurufe: „Hotel, Parteibuch wirtschaft!“) waren auch diese Phrasen vorüber.

Sodann kommt der jüdische Stadtoverordnetenvorstand-Obmann Drensch (SPD.) zum Wort. (Zuruf: Der erste Verteiliger.) Auch seine Ausführungen sind das übliche Gejammer nach kommendem Finanzausgleich, nach Steuererhöhungen, nach Verwaltungsreformen, Vertrauensverhältnis zwischen Bürgern und Stadtverwaltung. Die 50 Millionen Schulden der Stadt Mannheim erscheinen ihm durchaus erträglich. Jemand, welche Vorschläge weiß er nicht zu machen und schließt unter dem Gelächter der Oppositionsparteien und unter den Zurufen: Wagnentod!

Der jüdische Stv. Dr. Hirschler (SPD.), nebenberuflich Rechtsanwalt, findet es für angebracht, ebenfalls die Finanzlage der Stadt als günstig hinzustellen. (Zuruf: Berufsmaschler.) (Dr. Orth: Was der Jude sagt, interessiert uns nicht. OB.: Herr Orth, ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf.) Während der Ausführungen des Juden Dr. Hirschler kommt es ständig zu Zwischenrufen und es hagelt Ordnungsrufe. Hirschler ist im Namen seiner Fraktion stolz darauf, den Bau des Stadthotels und anderer „nützlicher“ Bauten (Zurufe: Marzistische Kennnummer-

bauten) hätten das G... jüdische O... vorüber. Dr. L... se. Ich l... liche H... Oberbürge... verchieden... OB. weg... Landes... erneut ver... rufen, n... einen... OB.: „S... Ordn... lichkeit... gericht... stell... Bezeich... Verlang... verlegt... Laktage... auf und... lungen... Thöng er... hier als... spielen... im Rabau... Ordn... NS. Na... Pg. Koth... seinem... nemend... menslich... OB. hat... Schließlich... könne von... nun die... lärmenden... blüne kau... wieder: Wir Ueber 17 Interessierten Bevölkerungsgruppen... sprechend... Juni... zur allge... erscheint... diesem... durchaus... menslöser... zu hören... satt gewo... dieser... Vertra... ist, mit... bzw. To... betrachten... Nieder... zu dem... dieses G... wir volle... Zahlre... heutige... heimer... Gemein... heute me... wirtschaft... um dam... vorantwo... Abänder... seitens... uns dara... der Stad... getrieben... bezeugen... nahege... nachher... dann k... Obstruk... die Verh... gängig... raktere... Stadt... werde... Schicksal... gibt u... ihnen... Dur... besseren... internat... Gemein... der Selb... ein Hoff... denn ni... daran... ständige... Geschäfts... dinge... werden... Wiederh... verfassung... gemacht... amtliche... bürger... bereits i... gung de... gefeslich... Jahr. U... keine G... Seiten d... sehen i... Wir... klärung... Aufmerk... Freiheit

schaffen
energie
für
begabt.
Pg. Dr.
che in
nungs-
schüts-
sind
"Sie
uppens.
erungs-
stimmen
in den
Vorlage
die des
Die Er-
da bei
und in
ertrauen
ermieden
E. ange-
meinde-
Stadt-
Stadt-
annheim
ge Bau-
durch-
verwaltung
Hausver-
G. m.
s besteht
trag sich
in sach-
werden.
Woh-
dem
aufgef-
leifes als
stentells
m. b. S.,
anderen
erhalte
erordent-
icht nicht
ag. Pg.
ginn der
Dr. Orth
ag nicht
G. e. g.
rend der
trauf mit
übrigen
ständig
s der
ordnung

bauten) unterstützt zu haben. (Zwischenruf: Schlemmer-
frätten für Juden, den Steuerzahlern habt Ihr
das Geld aus der Tasche gestohlen). Auch dieses
jüdische Gesätes der sozialdemokratischen Fraktionsgröße geht
vorüber.

Dr. Orth erhält das Wort zur Geschäftsordnung und stellt
se. Ich habe bereits gestern Veranlassung, auf die partei-
liche Handhabung der Geschäftsführung durch den Herrn
Oberbürgermeister hinzuweisen. Ich sah mich bereits wegen
verschiedener Vorfälle im Stadtrat veranlaßt, gegen den Herrn
OB. wegen partieller Geschäftsführung Beschwerde beim
Landeskommissar zu erheben. Ich sehe mich hierzu
erneut veranlaßt. Sie haben mich zur Ordnung ge-
rufen, weil ich den Stadtr. Juden Dr. Hirschler
einen Juden genannt habe. Unterbrechung durch den
OB.: Herr Orth, ich rufe Sie wiederholt zur
Ordnung. Empört ruft Dr. Orth: "Es ist Ihre Partei-
lichkeit. Der Ausdruck "Jude" ist keine Beleidigung u. Reichs-
gerichtsentscheidung. Gleichwohl wünsche ich festge-
stellt zu wissen, ob sich Dr. Hirschler durch diese
Bezeichnung beleidigt fühlt." Troz mehrmaligen
Verlangens folgt keine Antwort. Der OB. erklärt: "Sie
verleihen hier andauernd das Anstands- und
Zuchtgefühl." (Lärm bei den NS.) Pg. Kother springt
auf und verbittet sich die dauernden Anpöbe-
lungen seiner Fraktionskameraden durch den OB. Pg. Stv.
Thöny erklärt: "Es ist ja unerhört, welche Rolle Sie
hier als sozialdemokratischer Parteifunktionär
spielen. ..." Die weiteren Bemerkungen des Pg. Thöny gehen
im Radau unter. Der OB. droht Pg. Dr. Orth beim nächsten
Ordnungsruf Ausschluß an. Erneuter Krach bei den
NS. Nachdem einigermaßen Ruhe eingetreten war, erhört
Pg. Kother das Wort zu seiner Eitredede: Er beginnt von
seinem Sitze aus, ab und zu Einblicke in sein Konzept
nehmend. Hierauf Turbulen von regierungsparteilicher und kom-
munistischer Seite: "Nicht ableben". (Zurufe der NS.: Der
OB. hat seine Eitredede von A bis Z abgelesen.)
Schließlich geht Pg. Kother an das Rednerpult, erklärend, er
könne von hier aus, auch ohne Manuskript sprechen. Es folgt
nun die nationalsozialistische Eitredede, die infolge andauernder
lärmender Zwischenrufe im Sitzungssaal und auf der Trib-
üne kaum hörbar ist. Wir bringen sie deshalb im Wortlaut
wieder:

Wir Nationalsozialisten treten neu in diesen Kreis ein:
Über 17 000 Mannheimer haben uns mit der Vertretung der
Interessen des deutsch denkenden Teils der Mannheimer
Bevölkerung beauftragt und uns diese Verantwortung über-
tragen. Wir sind uns dessen voll bewußt und werden ent-
sprechend handeln.

Zunächst lassen sie mich einige Worte zur Einleitung
zur allgemeinen Lage sagen. Von unserem Standpunkt aus
erscheint es uns als überflüssig und geradezu wertlos, uns an
diesem "Turmbau zu Babel" zu beteiligen. Liegt es doch
durchaus nicht im Interesse der Sehtausende von Einkom-
menslosen, von hier aus große Sprüche und Agitationsreden
zu hören. Vom Reden ist beinahe bis heute noch niemand
satt geworden. Dies zum einen — und zum anderen: Zu
dieser Stadtverwaltung fehlt uns einfach das
Vertrauen. Eine Stadtverwaltung, die nicht in der Lage
ist, mit der bisherigen Geschäftsordnung ihren Voranschlag
bzw. Vorlagen durchzuführen, müssen wir als einen Feind
betrachten, umso mehr als sie ihren maulkorbartigen
Niederknüppelungsparagraphen 19 ausgerechnet
zu dem Zeitpunkt anbringt, in dem wir Nationalsozialisten
in dieses Gremium einziehen. Für den Paragraphen 15 hätten
wir volles Verständnis gehabt, wenn man ihn vor zwölf
Jahren eingeführt hätte. Man hätte damit zweifellos die
heutige Einfuhrung gepakt. Vom Standpunkt der Mann-
heimer Steuerzahler aus betrachtet, wäre damit die Marxische
Gemeindewirtschaft verhindert worden. Nachdem man zum
heute merkt, daß zu einer Fortsetzung der früheren Ausgaben-
wirtschaft die Mittel fehlen, bringt man diesen Paragraphen,
um damit der Öffentlichkeit vorzumachen, als ob die NS.
verantwortungslos demagogisch wären. Michin müssen wir die
Abänderung der Geschäftsordnung als eine Kriegserklärung
seitens des Herrn Oberbürgermeisters auffassen und wir werden
uns darauf einstellen. Ein weiterer Teil der Stadtverwaltung,
der Stadtrat, bewegt sich noch immer in den Bahnen der bisher
getriebenen Dunkelkammerpolitik. Ich muß es als demagogisch
bezeichnen, wenn man auf der einen Seite aus Grundlag
nahezu unsere sämtlichen Anträge im Stadtrat ablehnt, um sie
nachher teilweise mit veränderten Text wieder vorzulegen, und
dann läßt behaupten will, wir Nationalsozialisten betreiben
Obstruktionpolitik. Wir müssen grundsätzlich fordern, daß
die Verhandlungen im Stadtrat der Öffentlichkeit restlos zu-
gänglich gemacht werden und nur die Punkte, die ihrem Cha-
rakter nach dazu geeignet sein können, die Interessen der
Stadt zu schädigen, müssen der Öffentlichkeit vorenthalten
werden. Kurz und gut nur die Tatsache, daß hier über das
Schicksal der Geldbeutel unserer Wähler beraten werden muß,
gibt uns Veranlassung, die gleiche Luft mit
ihnen zu atmen.

Durch die Reichssteuererhöhungen, die nur zum Zweck einer
besseren Ausplünderung des deutschen Volkes zu Gunsten der
internationalen Hochfinanz geschaffen wurden, werden den
Gemeinden die Mittel entzogen, um ihre Rechte und Pflichten
der Selbstverwaltung erfüllen zu können. Es ist überhaupt
ein Hohn, heute noch von einer Selbstverwaltung zu sprechen,
denn niemand der hier Anwesenden glaubt noch im Ernst
daran. Wir weisen auf die Bürger- und Getränkesteuer, acht-
stündige Arbeitszeit bei der Straßenbahn und auf die geänderte
Geschäftsordnung hin. Wir Nationalsozialisten sind unbe-
dingte Anhänger und Verfechter der Selbstverwaltung und
werden mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln für die
Wiederherstellung derselben im Sinne der Stein'schen Städte-
verfassung eintreten, jedoch nicht für das, was andere daraus
gemacht haben. Der Kernsatz dieser Verfassung ist die ehren-
amtliche verantwortungsbewußte Mitarbeit aller Gemein-
dabürger und ihrer Vertreter. Wir fordern daher, wie wir es
bereits im Stadtrat taten, Streichung der Aufwandsentschädi-
gung der Stadträte bzw. Herabsetzung der Välen auf das
gesetzlich zulässige Mindestmaß von RM. 1.— je Stadtrat und
Jahr. Wir betonen ausdrücklich, daß wir mit diesem Antrag
keine Seite gegenüber den Wählern beabsichtigen, wie dies von
Seiten der Antragsteller des 20% igen Kürzungsantrages ge-
schehen ist. Es ist uns verdammt ernst darum.

Wir Nationalsozialisten geben heute schon hier die Er-
klärung ab, daß wir der Gemeindepolitik unsere größte
Aufmerksamkeit in unserem Kampfe für die innere und äußere
Freiheit des deutschen Volkes schenken, und sie im Kreise

unserer Bewegung vollständig machen werden. Gehen wir
nun in großen Zügen ihren Etat durch. Wir können uns
des Eindruckes nicht erwehren, daß die Stadtverwaltung selbst
nicht im Ernst an die Möglichkeit der Durchführung des
Etat glaubt. Uns will scheinen, daß eine Reihe von Vor-
anschlägen, der eine mehr, der andere weniger, Verlegenheit
und Hilflosigkeit verraten. Beginnen wir mit den Werken.
Hier stellen wir fest, daß man zum Beispiel die Gas- und
Elektrizitätswerke und die Straßenbahn mit Dingen befaßt,
die selbst bei Voraussetzung eines gewissen Verständnisses für
die Notlage des Stadthaushaltes nicht das geringste mit den
Werken zu tun haben. Das "wie" erfahren sie noch in der
Spezialdebatte bei der in Frage kommenden Position. Die
Groß-Berliner Gemeinde-Ereignisse in den vergangenen
Jahren, wo durch verantwortungslos marxische Mißwirt-
schaft ganze Elektrizitätswerke usw. der Kompetenz der Ber-
liner Steuerzahler entzogen wurden und damit jeder Einfluß
auf Tarifgestaltung (nicht zuletzt die kolossale Schuldensit-
schaft), bestärken uns in unserer Ablehnung ihrer bisher ge-
pflogenen Etatgewohnheiten. Von dieser Warte wird man
es verständlich finden, wenn wir die Politik der Ren-
tabilitätsverschleierung unbedingt ablehnen. Es ist uns Grund-
satz, daß lebensnotwendige Betriebe als Monopolbetriebe dem
Einflußgebiet der städtischen Körperschaften nicht entzogen
werden dürfen. Wir sehen in diesen Dingen ein Mandat,
um der Bevölkerung die Aufmachung von Aktiengesellschaften
schmachhaft zu machen. Bei der heutigen Notlage bildet die
Mobilisierung des städtischen Eigentums in Gestalt von Aktien
die Riesengeld- und nicht zuletzt die Versuchung, in Zeiten
der Not Aktienpakete der Hochfinanz für Darlehen zu ver-
pfänden und die weitere Verschleierung der Wirtschaft nimmt
dann der Gemeinde die Möglichkeit, das Aktienpaket jemals
wieder auszulösen, und die Stadt bzw. die Steuerzahler
verlieren ihr Eigentum. Dieses zu verhehlen, betrachten wir
als eine unserer vornehmsten Aufgaben. Wenn man die Ent-
wicklung in den deutschen Gemeinden verfolgt, so kann man
erkennen, daß das Bestreben der Hochfinanz darauf hinaus-
läuft, sich auf geräuschlose Art und Weise sich in den Besitz
deutscher Nationaligentums zu setzen. Weil wir nun einmal
bei Betrieben und Unternehmungen sind, wollen wir auch
unser Schmerzenskind: "Rhein-Neckar-Halle und Hotel" nicht
vergessen. Ueber den Voranschlag Rhein-Neckar-Halle müssen
wir zur Tagesordnung übergehen und von der Stadtverwaltung
verlangen, daß sie einen ernst zu nehmenden Voranschlag
aufstellt, der mit den wirklichen Aufwendungen in Einklang
zu bringen ist und uns vor allen Dingen ein klares Bild gibt.

Es befaßt uns genug, daß die Hotel- und
Ausstellungshalle-Episode in der Mannheimer Stadtge-
schichte unserer Steuerzahler die Kleinigkeit von "nur" 10
Millionen gekostet hat und wohl noch einige Millionen
weil, wenn man hier nicht schleunigst Remedur schafft.
Es ist unbedingt zu erwägen, ob man das Hotel nicht zwer-
mäßigerweise zu dem Arbeitsamt umbauen würde, damit auf
der einen Seite auf die Dauer die Zuschüsse zur Wirtschaft
eingespart und auf der anderen Seite die im außerordentlichen
Voranschlag eingelegten 800 000 RM für Arbeitsamt-Neubau
für die Stadt eingepart werden könnten.

Bei der Unterhaltung der Schulen ist zu sagen, daß wir
uns gegen alle die Einsparungen wenden, die auf Kosten des
Unterrichts und damit der Heranbildung des Nachwuchses
gehen. Wir können es einerseits nicht verstehen, warum man
die Schulgelder für die höheren Schulen so kolossal erhöht
(noch dazu zu einer Zeit, wo man überall Löhne und Ge-
hälter und Preise abbaut) und damit einem breiteren Be-
völkerungskreis die Möglichkeit einer besseren Schulbildung
nimmt und man wieder zu dem Standpunkt gelangt, der
gerade vor dem Kriege so häufig von den Marxisten ange-
griffen wurde, nämlich: Man schafft ein Bildungsprivileg
für die oberen 10 000." Für derartige Dinge haben wir nicht
das mindeste Verständnis. Wir müssen deswegen die Stadt-
verwaltung ersuchen, Mittel und Wege zu finden, um bei dem
Karsruher Ministerium die Herabsetzung auf einen Betrag zu
erreichen, der der Gesamtlage der kleinen und mittleren
Schichten der Bevölkerung angepaßt ist. Auf der anderen Seite
müssen wir auch hier wiederholen, daß es unverständlich ist,
daß man die Schulgebäude mit einem Abbau der
Leistungen bei den Unterrichtsmitteln beantwortet.

Wie bereits früher festgestellt, hatte man für alle mög-
lichen Dinge Geld im Ueberfluß, nur nicht für den Bau einer
Handelschule. Es bedarf keiner weiteren Begründung, daß
die Handelschulverhältnisse in einer Handelsstadt von der
Bedeutung Mannheims im Regen liegen. Wir weisen
nur auf die Mädchen-Handelschule auf dem Lindenhof und in
D 4 hin. Die Lage der Schule im Lindenhof bringt die
Schülerinnen im Winter in ständiger Gefahr, da bereits mehrfach
Ueberfälle versucht wurden. Wir können etwas derartiges nicht
verantworten. Die Lage der D 4-Schule ist so unglücklich
und für einen Betrieb von der Bedeutung des Handelschul-
wesens vollkommen ungeeignet, da Schülerinnen und Lehrer
durch den Straßenbahn- und Autolärm physisch einfach nicht
imstande sind, dem Unterrichtsgang zu folgen.

Zum Nationaltheater, das — ob heute noch zu Recht,
wollen wir hier nicht untersuchen — den Ehrennamen Schiller-
bühne führt, haben wir zu sagen, daß wir für diese Art
"Kunstbetrieb" keinen Pfennig der Steuererlöse genehmigen
können. Man soll sich merken, daß es in Mannheim noch
welke Kreise gibt, die für sogenannte Werke: Dreigroschenoper,
Hauptmann von Köpenick und dergl. nicht das geringste Ver-
ständnis aufbringen. — So wie wir glauben, ist dies der aller-
größte Teil der Mannheimer Bevölkerung. Wir sind der
Ueberzeugung, daß man auch mit kleinem Aufwand und ge-
ringen Eintrittspreisen volle Häuser erzielen kann, wenn man
wieder bei Dalberg anfängt und dem rein deutschen Kunst-
empfinden Rechnung trägt.

Ueber das Fürsorgewesen haben wir an dieser Stelle
grundsätzlich zu sagen, daß wir Nationalsozialisten auf dem
Standpunkt stehen, daß man den Bedürftigen so viel gibt,
daß sie auch ein menschenwürdiges Dasein führen können.
In der Spezialdebatte werden wir das Fürsorgewesen, von
unserem Gesichtskreis aus gesehen, behandeln.

Eines der Probleme, welches uns besonders am Herzen
liegt, ist die Wiedereingliederung von Arbeitslosen in den
Wirtschaftsprozess. Man kann hierzu nicht sprechen, ohne auf
das bei der Stadtverwaltung jahrelang üblich gewesene Doppel-
verdiensternum hinzuweisen. Wenn man sich vorstellt, daß eine
ganze Reihe von höheren städtischen Beamten jahrelang unter
Billigung der Stadtverwaltung zum Teil ganz erhebliche
Summen als Nebenverdienst einstreckten und auf der andern
Seite seit Jahren eine nahezu furchtbare Arbeitslosigkeit
waren in den älteren Angestellten-Kreisen zu verzeichnen
waren, so drängt sich unwillkürlich die Frage auf, ob es nicht

möglich gewesen wäre, bzw. nicht möglich ist, einer ganzen
Reihe dieser älteren Angestellten, wenn es auch nur hundert-
weis wäre, Arbeitsmöglichkeit zu schaffen. Wir glauben be-
stimmt, daß es unter den Mannheimer älteren Angestellten
so qualifizierte Kräfte gibt, die den an sie gestellten Anforde-
rungen gerecht werden können. Man würde zweifellos viele
Menschen vor dem Selbstmord oder doch vor der Resignation
bewahren. Halten wir uns vor Augen, daß allein im Jahre
1930 zwanzigttausend Deutsche durch Selbstmord aus dem
Leben geschieden sind. Diese Zahl beläuft das Problem
der Arbeitsbeschaffung in einer geradezu brutalen Weise.

Bei der Finanzverwaltung müssen wir fordern, daß jede
Anleihe-Politik zu unterbleiben hat. Man muß sich daran ge-
wöhnen, durch frugale Organisation der Betriebsmittel und
Vorforgewesen dahin zu kommen, daß man alle notwendigen
Aufwendungen aus dem laufenden Haushalt bestreift. Da
dieses Einsparung von Provisionen, Zinsen und Zinseszinsen
bedeutet, die, wie die Erfahrung lehrt, in den meisten Fällen
größerer Aufwendung als das Kapital selbst bedürfen und
somit eine wesentliche Verbilligung der Steuerlasten mit sich
bringen bzw. die Durchführung größerer Arbeiten ermöglichen.

Eines der wichtigsten Kapitel im Etat erscheint uns die
städtische Personalpolitik, wespwegen wir auch hier am Schlusse
länger verweilen wollen. Prüft man die einzelnen Ein-
setzungen bei den verschiedenen Voranschlägen durch, so kommt
man zu nahezu ungläublichen Vorstellungen über die Ein-
kommensverhältnisse der städtischen Beamten. Trozdem wissen
wir genau, daß die unteren und mittleren Beamten zum Teil
Einkommen haben, die wegen ihrer Geringsfügigkeit nicht zu
verantworten sind, und auf der anderen Seite eine ganze Reihe
von Beamten sich in der Gruppe 11, 12 und 13 befinden, die
wir bei allem Verständnis für Leistungen und Fähigkeiten in
diesen Gruppen nicht dulden dürfen. Auf die uns bekannten
Fälle kommen wir in den einzelnen Positionen entsprechend
zurück. Wie gelangen zu der Ueberzeugung, daß eine gründ-
liche Prüfung und Ueberholung der Einstellung der lezt-
genannten Kategorie von Verwaltungsbeamten der Stadt die
Möglichkeit geben, auf den Einzug der Bürgersteuer verzichten
zu können. Im selben Zusammenhang sei auch erwähnt, daß
die Hundsteuer beispielsweise bei ihrer kolossalen Höhe von
RM 60.— p. a. nicht dazu angetan ist, den Ertrag lukra-
tiver zu gestalten. Wenn man sich die Voranschläge der
einzelnen Jahre vor Augen führt, so kommt man zu dem Er-
gebnis, daß die Hunde in Mannheim allmählich aussterben.
Es widerspricht dem Gesetz der Menschlichkeit, wenn man
einem armen Teufel die Möglichkeit nimmt, sich einen ge-
treuen Vierfüßer zu halten, nur aus dem Grunde, weil der
Mann den riesenhaften Betrag von RM 60.— für diese Steuer
einfach nicht aufbringen kann. Es erscheint uns angebracht,
wenn man die Steuer nicht allgemein herabziehen will, daß
man diese Steuer wenigstens einer sozialen Staffelung, den
Einkommensverhältnissen entsprechend, unterwirft.

Im Uebrigen sei bemerkt, daß man im Voranschlag von
dem durchgeführten 6% igen Gehaltsabbau nicht das Ge-
ringste verspüren kann. Auch kommt die inzwischen durch-
geführte Kohlenpreiserhöhung um ca. 10%, sowie der ge-
waltige in der Leztzeit eingeflehte Preisabbau auf dem Gebiet
der Materialbeschaffung in diesem Voranschlag überhaupt nicht
zum Ausdruck.

Es ist abwegig, hier in Mannheim einen Haushalt aus-
gleich zu wollen, zu einer Zeit, wo der Gesamtmarkt, das
deutsche Reich, die grauenvollen Auswirkungen einer dreizehn
Jahre langen rückgratlosen, von parteipolitischen Gesichts-
punkten getragenen Erfüllungspolitik in einem Maße aus-
zustreifen hat, die am Bestand des deutschen Volkes rütteln,
wie es beispiellos in der deutschen Geschichte dasteht. Die Ge-
meinde ist die kleinste Einheit der Volksgemeinschaft. Wie
kann sie im Ernst daran denken, in sich geordnete Verhältnisse
zu schaffen, wenn man überhaupt im Reich im Konkurs-
verfahren steht. Wir wollen uns doch nichts weis machen, der
Young-Plan führt uns, das Deutsche Volk, zur weiteren
Verklaumung und immer in tieferes Elend. Fünf Millionen
Arbeitslose, eine durch eine wahnsinnige Tributpolitik aus-
geponerte Wirtschaft sind die Merkmale ihrer fast 13 jährigen
Regierungstätigkeit in Schönheit, Freiheit und Würde — nach
ihrem Parteifreund Philipp Scheidemann. Das Versprechen
haben sie allerdings gehalten: Scheidemann zeigen ihre erstellten
Gebäude im ausdruckslosen, jersalemer Stil, Freiheit zeigen
ihre Notverordnungen und Geschäftsordnungen. Den Begriff
Würde haben die Millionen deutscher Volksgenossen be-
kommen, die sie nun durch ihre Rückgratlosigkeit um Arbeit
und Brot gebracht haben, und zu Almosenspendern "ihrer
Republik" machten. Solange die Gemeinden nicht in ihrer
Gesamtheit Sturm laufen gegen die Erfüllungs- und Aus-
sattungspolitik der Reichsregierung, solange werden sie keinen
Haushalt zusammenzimmern, wie er einer Großstadt wie
Mannheim eigentümlich sein sollte. Dieses kann allerdings
erst der Fall werden, wenn auf dem Mannheimer
Rathaus die Hakenkreuzfahne weht!!!

Nach der Eitredede des Stadtverordneten Hahn (KPD.)
ergriff Stadtr. Dr. Wolpha rd (Staatspartei) das Wort.
(Wir nehmen unseren Ausführungen vorweg, daß W. zu
Mannheims größten Nebenverdienern gehört und
somit ein würdiger Vertreter des demokratischen
Prinzips ist. W. ist 1. Landtagsabgeordneter, 2. Stadt-
verordneter, 3. Mitarbeiter an der "Neuen Badischen Landes-
zeitung" und endlich im Nebenberuf auch noch Amtsgerichts-
direktor.) Die ganzen Ausführungen dieses "notleidenden"
Herrn waren eine einzige unerhörte Anpöbelelei der
NS. Der OB. fand es nicht für notwendig, den
Redner zur Sache zu rufen. Zum Etat sprach Dr. W. nicht
ein einziges Wort. Was er sich an Beschimpfungen
gegenüber den NS leistete, spottete jeder Beschreibung. Kein
Wunder also, daß es während seiner "Eitredede" zu ohren-
betäubendem Lärm und andauernden Zwischen-
rufen kam. Als er von seiner Partei sprechen wollte, er-
schallte stürmisches Gelächter, Zurufe wie: Wo ist denn Ihre
Partei, die ist ja längst gestorben, sie muß sich wieder
umtaufen lassen usw. fielen in Menge. Bei seiner Unterstellung,
die NS hätten keinen Augenblick gezeigt, wie man es
besser machen könnte, ertönten stürmische Zurufe: "Ab-
treten, Platz machen." In ungläublicher Weise
bestimmte er unseren obersten Führer Adolf
Hitler, worauf ein ungeheurer Tumult einsetzte.
Für die Besonnenheit der NS. verhielt, daß dem "Eitredener"
die verdiente Abrechnung an Ort und Stelle verab-
reicht wurde. Es hagelte Ordnungsrufe. Dr. W. selbst er-
hielt keinen. Er endet mit der fassiam bekannten Zu-
sicherung, daß sich seine Partei nicht von der verantwortungs-
bewußten Mitarbeit abbringen lasse.

Dr. Schmehl (Ev. Volksdienst, lies: Sozialdemokratischer Hilfsdienst) ließ eine Eintrede vom Stapel, die die NS-Stadträte in grenzenloses Erstaunen setzte. Steht sie doch vollkommen im Widerspruch zu dem, was man im Stadtrat von Dr. Schmehl zu hören und zu sehen gewohnt ist. Stv. Dr. Waldeck (DVP.) zeigte erfreuliche Sachlichkeit in seinen Ausführungen und griff auch die Stadtverwaltung in erheblichem Maße an. In seiner Weise brandmarkte er die parteipolitische Tätigkeit des OB., die dessen Ansehen in der Stadt nicht gefördert haben. Trotz der von ihm vorgebrachten schwerwiegenden Bedenken erklärte er namens seiner Fraktion, daß sie den Etat annehmen würden. (Wann hätte die Volkspartei jemals Charakter und Rückgrat gezeigt. Siehe auch Thüringen.)

Als Letzter sprach Stv. Rheinwacker von der Wirtschaftspartei. Was er hier alles an Wünschen, Hoffnungen, Erwartungen zum Ausdruck brachte, kennzeichnete mit aller Deutlichkeit die politischen „Grundzüge“ der Wirtschaftspartei. Ob dem Handwerk oder Gewerbe der Stadt Mannheim mit Wünschen, Hoffnungen, Erwartungen und dergl. mehr noch zu helfen ist, wird er wohl selbst am besten wissen müssen. Wir verweisen auf die Ausführungen unseres Pg. Stv. Dr. Orth an späterer Stelle, wo er darauf hinweist, daß nur durch brutalen und rücksichtslosen Widerstand gegen das Ausbeutungssystem dem Handwerk und Gewerbe wieder geholfen werden kann.

8.20 Uhr war die Sitzung beendet und im Gefühl „getrennt“ erfüllter Pflicht zogen die schwarz-rot-bürgerlichen „Einkritiker“ ab.

Dritter Tag:

Sturmangriff

der R.S.D.A.P. auf der ganzen Linie!
Verzweiflungsakt des OB.!!

Gleich zu Beginn der Sitzung kommt es zu einem Zwischenfall. Der OB. gibt zur Kenntnis, daß der nationalsozialistische Besperrde der gestrigen Sitzung nicht stattgegeben werden kann, da sich der Ausdruck „Lügner“, der von Seiten der Sozis geföhren gefallen sein soll, im amtlichen Stenogramm nicht findet. Pg. Stadtrat Feit: „Die Herrschaften sind eben zu feige, um das zuzugeben.“ OB. stehend: „Herr Feit, fangen Sie nicht schon wieder an.“ Der OB. gibt bekannt, daß zum Voranschlag 237 Anträge eingelaufen seien, nur 79 davon hätten sich als abstimmbare erwiesen. (Stürmische Zurufe: Die Wahrheit darf nicht an die Öffentlichkeit.) Als er weiter bekannt gibt, daß die Regierungsarbeiten beantragt hätten, die zum Etat gestellten Anträge erst am Schluß der Etatberatung ohne Debatte zu behandeln, kommt es erneut zu stürmischen Protestrufen. Pg. Stadtrat Dr. Orth: „Es ist unerhört, wie man die Opposition hier mundtot machen will. Wir sind der Ansicht, daß diese Anträge dort zu behandeln sind, wo sie hingehören, also bei den entsprechenden Positionen des Voranschlags. Ich stelle einen dahingehenden Antrag.“ Der Antrag des OB. wird gegen die Stimmen der NS., KPD. und des Evangelischen Volksdienstes abgelehnt. Hierauf tritt man in die Spezialberatung ein. 15 Minuten Redezeit. Bei Voranschlag 1 (Bestand der Vorjahre) meldet sich niemand zum Wort. Zum Voranschlag 2-5 (Hauptverwaltung) ergreift Pg. Stv. Rother das Wort und führt etwa folgendes aus:

„Zu der Position Hauptverwaltung haben wir eine Reihe Abänderungsvorschläge eingebracht. Zunächst beanstanden wir das Materialamt. Wir NS. sind der Auffassung, daß dieses Amt dezentralisiert werden muß, wodurch man einerseits das Personal einspart und andererseits eine zweckmäßigere Ausnutzung des Materials erreicht. Pu der Position Gehalt beantragen wir die Streichung des Gehalts des Leiters des Nachrichtenamts. Hierzu ist zu sagen, daß dieses Amt eine Neuschöpfung des OB. ist. Der OB. hat zum Leiter den Sohn seines Kieker Duzfreundes gemacht, der sich als eifriger Agitationsredner für die SPD. bewährt hat. Es will uns scheinen, daß das Nachrichtenamt als Bestandteil des Wahlamtes, wie es früher der Fall war, seinen Zweck vollkommen erfüllt, umso mehr als sich die Mannheimer Presse die Vorzensur durch den Herrn OB. entschieden verbitten muß. Zur Position Vordrucke und Druckarbeiten bemängeln wir den hohen Anhang für Bürgerausführungen und beantragen eine Kürzung von 50%. Des weiteren lehnen wir Bereitstellung von RM 8000.— für die Mannheimer Stadtgeschichte ab. Die Herausgabe der Geschichte kann man in finanziell besseren Zeiten nachholen. Die Subvention für den Verkehrsverein mit RM 50000.— lehnen wir so lange ab, bis der Verein die bei ihm beschäftigten Doppelverdiener entlassen hat. Darnach halten wir einen Zuschuß von RM 40000.— für genügend. Bei dem Vereinstragkonto lehnen wir den Beitrag für die Deutsch-Französische Gesellschaft ab und beantragen Neueinziehung von RM 100.— für den Kampfbund für deutsche Kultur. Auf dem Voranschlag Ruhegehalt und Hinterbliebenenfürsorge beanstanden wir die ungleiche Behandlung zwischen Verbänden und Zuschußbetrieben. Die Pensionslasten der Werke sollen bei den Werken berichtet werden und dort als Abfertigung an die Stadtkasse geführt werden und nicht auf dem Umweg über dieses Konto. Weiter wird von uns verlangt, daß für Beamte und Angestellte (Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene), die nicht unter die gültigen Beamtenregelungen fallen, ein höherer Betrag eingeseht wird.

Wir lehnen des weiteren die Unterhaltung der Zeitschrift „Die lebendige Stadt“ ab. (Eine neue Schöpfung des OB. mit RM 7000.— Steuermitteln.) Die Beiträge für den Deutschen Auto-Club mit RM 30.— lehnen wir als einseitig ab. Entweder erhalten die großen Epheverbände der Automobilisten (ADAC, AD., Deutscher Touring-Club und Nationaler Deutscher Automobilklub) auch den gleichen Betrag wie der politische Linksverband der deutschen Kraftfahrer oder niemand.

Beim Konto Ehenungen, Feste usw. beantragen wir eine umfangreiche Streichung und heben hervor, daß die augenblicklich im Dienst der Stadt Mannheim befindlichen Fahnen diese Republik noch aushalten werden. Bei der seinerzeitigen Amtsübernahme durch die NS. werden wir wohl noch einige dazukaufen, um sie damit zu beerdigen.“

(Des weiteren wurden noch einige Beförderungen [Ämter usw.] bemängelt. Es fehlt hier der Platz. In einem besonderen Artikel werden wir die gesamte Per-

sonalpolitik der Mannheimer Stadtverwaltung noch einer kritischen Würdigung unterziehen.)

Von der den NS. noch zustehenden 4 Minuten Redezeit macht Pg. Dr. Orth anschließend sofort Gebrauch: „Die Vorhin von Ihnen beschlossene Verkürzung der Redezeit beweist erneut, von welcher Angst Sie vor der Öffentlichkeit befallen sind. Man hat eine ganze Reihe nationalsozialistischer Anträge an den Bürgerausschuß zurückgewiesen mit der nicht ganz verständlichen Begründung, daß sie unzulässig seien. In Wirklichkeit hat man nur Angst davor, daß Angelegenheiten vor der breiten Öffentlichkeit verhandelt werden, die Ihnen außerordentlich unangenehm sind. Wir hatten im Stadtrat den Antrag gestellt, die Bürgermeister zu ersuchen, mit Rücksicht auf die Finanznot der Stadt Mannheim und das Elend breiter Mannheimer Bevölkerungsschichten auf einen wesentlichen Teil ihres Gehalts zu verzichten. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Dabei scheute man sich nicht, zu erklären, daß die Herren ja auch schon auf 6% ihrer Bezüge verzichten. Diese Begründung ist mehr als kümmerlich. Was den Leiter des Nachrichtenamtes anbetrifft, so muß ich hier mit aller Rücksichtslosigkeit erklären, daß wir ihn ablehnen. Die Haupttätigkeit des Dr. Höber besteht im Zeitungslernen. Dazu ist uns das Geld der Mannheimer Steuerzahler zu schade. Als die Stelle damals zu besetzen war, mußten Sie, Herr OB., den Dr. Höber aus Kiel hierher bringen. Es gab wohl in der damaligen Zeit, wo tausende von Mannheimer Arbeitern aus allen Berufsständen auf der Straße lagen, keinen darunter, der befähigt war, diese Stelle zu begleiten. Wir werden die Miswirtschaft, die hier in Mannheim getrieben worden ist, gründlich brandmarken. Das Durchschnittsgehalt der Beamten und Angestellten der Hauptverwaltung beträgt RM 7000.—, bei den Werken, die der Stadt Mannheim Geld einbringen nur RM 3000.—. Wo bleibt da die soziale Gerechtigkeit? (Die Redezeit ist abgelaufen.) OB. Dr. Heimerich: Ich weise den Vorwurf der Miswirtschaft auf das Entscheidende zurück. Sie kennen die Dinge noch viel zu wenig, um sich ein Urteil zu erlauben. Zuruf von Pg. Dr. Orth: „Ein Sozialdemokrat (gemeint ist Dr. Heimerich) kann mich nicht belehren.“ Dr. Heimerich: „Ich will Sie nicht belehren, Sie haben schon lange bewiesen, daß Sie unbeherrschbar sind!“ Lärm und Widerspruch beider NS. Der Kommunist Böhler erhält wegen des Ausdrucks „Verbrechen“ einen Ordnungsruf. Er plädiert für die 40-Stundenwoche und will die Gehälter der oberen Beamten und Angestellten auf RM 6000.— herabgesetzt wissen. (Es kommt zu einem Zusammenstoß zwischen unserem Pg. Feit und Lehleiter von der KPD. wegen der Abstimmung der Kommunisten bei dem Antrag der NS. im Stadtrat auf Kürzung der Bürgermeistergehälter. Stv. Lehleiter erhält zwei Ordnungsrufe.) Böhler stellt die Bürgermeisterstundentätigkeit fest. Dr. Heimerich RM 21.—, Dr. Walli RM 17.—, Böhner und Böttcher RM 11.—. Ob wirklich acht Stunden gearbeitet würde, sei mehr als fraglich. Der OB. hat inzwischen in unangenehmer Weise sich bemerkbar gemacht. Stv. Säyren (KPD.) erklärt zur Geschäftsordnung, daß er den arroganten Offizierston des OB. satt habe. Der OB. verwahrt sich dagegen. Zuruf von Pg. Dr. Orth: „Sie haben eben kein Taktgefühl.“ Stv. Haas (Staatspartei) meldet sich gegen die Ausführungen unseres Pg. Dr. Orth. (Stürmische Zurufe: „Wer sind denn Sie? Haben Sie auch was zu melden?“) Im übrigen verteidigt er die Stadtratsdiäten, nur daß er sie um 20% gekürzt haben will. (Verbeugung vor den Wählern.) Stadtrat Schnell (KPD.) wendet sich gegen die Zuschüsse an den Verkehrsverein, die Beiträge für Dienstpublikationen, sowie für verschiedene Vereine. Die Zeitschrift „Die lebendige Stadt“ soll verschwinden. Die Personalpolitik sei nicht einwandfrei. Einen Stadt-Beamten mit RM 1000.— Monats-einkommen, habe man das Armenrecht bewilligt. (Zuruf: Baurat Frenz bei der Straßendahn.) Pg. Stadtrat Feit wendet sich gegen die unterschiedliche Handhabung der Geschäftsordnung. Die Kommunisten hätten 22 Minuten gesprochen, während man den NS. nach 15 Minuten sofort das Wort entzogen habe. Der OB. erklärt, daß nach der Stoppuhr die Kommunisten 16 Minuten gesprochen hätten. Stv. Haas (Volkspartei) läßt ebenfalls Kritik an städtischen Nachrichtenamt. Die Erwartungen, die man an die neugeschaffene Stelle geknüpft habe, hätten sich nicht erfüllt. Sie hätte deshalb beim Alten bleiben sollen, man hätte damit viel Geld gespart. Weiterhin kritisiert er das städtische Materialamt, das Beamtenwohnheim Wiedenfeld, die Postfiliale, Fabrik- und Reisekosten. Auch er wendet sich gegen einen Zuschuß an die „Lebendige Stadt“. Stv. Amann (Evang. Volksdienst) wünscht die Einführung der 40-Stunden-woche in den städtischen Betrieben, damit kinderreiche Familien wieder in Arbeit und Brot kommen. Diesbezügliche Anträge der Kommunisten bezeichnet er als bloße Agitation. Stv. Steeger (Evang. Volksdienst) wünscht die Bürgermeistergehälter um 20% herabgesetzt. Weiterhin wünscht er 20%ige Herabsetzung der Stadtratsdiäten. (Nur Verbeugung von den Wählern!), Streichung des Zuschusses an den Reinerwerb. Stv. Fischer (SPD.) fühlt sich veranlaßt, eine Lanze für seinen Genossen Dr. Höber vom Nachrichtenamt zu brechen. Er tut dies sehr ungeschickt, denn er sagt wörtlich zu den NS.: „Wenn der Leiter des Nachrichtenamtes ein Parteibuch ihrer Partei gehabt hätte, hätten Sie keine Kritik geübt.“ Stadtrat Feit: Zuruf: „Das meinen Sie, Sie geben aber damit zu, daß er ein Parteibuch von Ihnen hat.“ Als Stv. Fischer in seinen Ausführungen fortfahrend, erklärt, die NS. hätten nur Agitationsanträge gestellt, kommt es zu ungeheueren Lärmjahren, in denen weitere Angriffe des Stv. Fischer vollkommen untergehen. Der OB. ruft Stv. Fischer zur Ordnung wegen einer beleidigenden Äußerung gegen die Kommunisten. Fischer verteidigt die Höhe der Aufwandsentschädigungen der Stadträte, da die sozialdemokratischen Stadträte so außerordentlich viel praktische Arbeit für die Stadt leisten würden. (Zurufe der NS.: Aha, sie harmloser Jüngling. Sie ahnungslos Engel.) Pg. Stadtrat Feit wird wegen verschiedener Zwischenrufe wiederholt zur Ordnung gerufen. Immer wieder kommt es zu neuen Lärmjahren. Der OB.: „Das ist doch kein Parlament mehr! Was soll die Bürgerschaft davon denken! Vor wenigen Wochen noch behauptete der OB. gelegentlich des von den NS. gestellten Antrags auf Einführung einer den parlamentarischen Gepflogenheiten entsprechender Stipendium wörtlich: Der Bürgerausschuß ist kein Parlament, sondern ein Verwaltungsorgan!“ (Wann haben Sie jetzt die Unwahrheit gesagt, Herr OB.?? Damals oder heute??)

Stadtrat Kuhn (Zentr.) erwartet das Heil der Stadt Mannheim von der Elektrifizierung der Rheintalbahn, die er baldigst durchgeführt wissen will. (Zurufe: Dawesplan, die ist ja selbst pleite!) Pg. Stadtrat Feit beantragt zur Geschäftsordnung, stündliche Abkündigung der beiden Stenographen, die die Verhandlungen des Bürgerausschusses aufnehmen. Der OB. erklärt, das sei seine Sache. (Zuruf:*) Es kommt zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen dem Stv. Jüngling, der den Kommunisten schlechte Bezahlung ihrer Arbeiter in kommunistischen Betrieben vorwirft. (Zuruf Böhler (KPD.): „Was wir in unseren Parteibetrieben machen, das geht Sie einen Scheiß an.“) Bürgermeister Böhner verteidigt das angegriffene Materialamt. Die Debatte über die Vorlage 2-5 wird geschlossen. Zur Beratung gelangt der Voranschlag 7-9. Pg. Dr. Orth erhält als erster Redner das Wort: „Die gegenüber dem Vorjahre beim Grundbuchamt um RM 5000.— höher eingesehten Gebühren des Grundbuchamtes mit RM 285000.— zeugen von einem außerordentlichen Optimismus. Sie glauben doch im Ernst nicht daran, daß in einer Zeit, wo Handel und Gewerbe derart darnieder liegen, wo die allgemeine Pleite sichtbar in Erscheinung tritt, daß Sie an dieser Stelle Mehreinnahmen zu erwarten haben.“

Wir haben verschiedene Anträge eingereicht, die die Nachprüfung der Bezüge der Beamten und Angestellten bei den verschiedenen Ämtern fordern. Da uns die Aushändigung einer Liste der städtischen Beamten und Angestellten nach Gehalt, Dienstzeit, Vorbildung usw. verweigert worden ist, werden wir uns bei den Beratungen eingehend mit der Personalpolitik beschäftigen. Wenn man sich die Durchschnittsgehälter bei den verschiedenen Betrieben aus den Aufstellungen im Voranschlag errechnet, dann sieht man recht deutlich, wo hier die rote Sonne scheint. Beim Wohnungsamt beträgt das Durchschnittsgehalt von 14 Personen RM 6575.—. Dies ist nur daraus zu erklären, daß dieses Amt eine unvorhältnismäßig große Zahl zu hoch eingestufte Beamten beherbergt, deren hohe Gehälter, die der unteren und mittleren Beamten außerordentlich in die Höhe drücken. — Sie, Herr OB., beklagen sich andauernd, über den im Bürgerausschuß herrschenden Ton. Sie werfen uns mangelndes Anstands- und Taktgefühl vor. Wenn Sie kein Verständnis für die pfälzische Art der Mannheimer haben, dann wären Sie besser nicht nach Mannheim gekommen. Ich möchte Ihnen anraten, mal etwas weniger in den fog. seinen Kreisen von Mannheim zu verkehren, sondern sich mehr unter die Arbeiterschaft und den Mittelstand der Stadt Mannheim, soweit man von einem solchen überhaupt noch sprechen kann, zu begeben. Sie werden dann die Not kennen lernen, Sie werden die Erbitterung gegen die Stadtverwaltung beurteilen können und in Zukunft sich in ihren Vorwürfen mehr maßigen. (OB. ruft Dr. Orth zur Sache.) Unser Antrag im Stadtrat, die Nebenverdienste der städtischen Beamten restlos zu beseitigen, haben Sie abgelehnt. Sie haben sich nicht geschämt, diese Ablehnung damit zu begründen, es würde eine Härte bedeuten, diese Bezüge auf einmal zu beseitigen, da diese Leute ihre Lebensführung auf die Nebenbezüge eingestellt hätten. Ich frage Sie: „Wer von Ihnen fragt nach der Lebensführung derer, die auch einmal in Arbeit und Brot standen und jetzt hungern und dem Elend preisgegeben auf der Straße liegen. Noch dafür fehlt ihnen jedes soziale Verständnis. Es wurde vorhin die 40-Stündige Arbeitszeit hier angeprochen. Ich muß etwas weiter ausholen. 1918 verkündeten die neuen Machthaber dem Volke Freiheit, Schönheit und Würde. Als diese nicht kommen wollten, schloß man den Dawesplan. Der „Vorwärts“, das Zentralorgan der SPD., verkündete voller Jubel, daß nunmehr der Aufstieg Deutschlands ein grenzenloser sein werde. Er brachte ein Bild, worauf ein deutscher Arbeiter in die aufgehende Sonne blickt, auf der das Dollargerzeichen sichtbar ist. Es war nichts mit dem Wiederaufstieg. Dann kam der Youngplan, den Sie auf dem Genossen haben und der uns die maßlose heutige Not gebracht hat. Und jetzt treten Sie vor das Volk und verkünden die 40-Stundenwoche als das Hilfsmittel. Auch diesen Betrug machen wir NS. nicht mit. Reicht doch kaum das Verdienst aus 48-stündiger Arbeitszeit zu anständiger Lebensführung aus. Schönen ist mit der 40-Stundenwoche kaum jemand, es sei denn Ihrem Soßem. Auch die 6%ige Gehaltskürzung, die Sie durchgeführt haben, lehnen wir ab. Gewiß, bei RM 30000.— Jahreseinkommen kann man sich diesen Abzug gefallen lassen. Aber der kleine Angestellte bei der Straßenbahn mit 140.— oder etwas mehr nach Monatslohn, dem tut dieser Abzug bitter weh.“

Einige Worte muß ich noch der Mannheimer Steuerpolitik widmen. Die Steuern werden rigoros eingetrieben. Ein Bauer, der von seiner Kuh Milch erwartet, wird ihm nicht nur zu fressen geben, sondern sie auch anständig behandeln. Sie haben durch ihre Politik das gesamte schaffende deutsche Volk dem Elend preisgegeben und treiben jetzt in einer Weise die Steuern ein, daß man direkt von einer Steuerblaise sprechen kann. Ihr ganzer vorliegender Etat ist von A bis Z eine unerhörte Verschleierung. Ich werde darauf noch bei den verschiedensten Positionen zurückkommen. (OB.: „Ich rufe Sie erneut zur Sache und drohe Ihnen mit Verrentzählung.“) Dr. Orth fortfahrend: „Sie sehen, wenn man unangenehme Wahrheiten sagt, dann sucht man dies zu unterbinden. Eine Besserung der heutigen Zustände wird nicht dadurch eintreten, daß man sich wie Sie (zu den bürgerlichen Parteien gewendet) jeweils auf dem Boden der gegebenen Tatsachen stellt, auch nicht dadurch, daß man Wünsche, Hoffnungen und Erwartungen hier vorbringt, sondern nur dadurch, daß man dem System der Ausbeutung und der Unfähigkeit rücksichtslos und brutalen Widerstand leistet. Es wird mir im Stadtrat immer vorgeworfen, ich sei Beamtenfeind. Ich möchte hier vor aller Öffentlichkeit einmal betonen, wie es in Wahrheit mit diesem Vorwurf aussieht. Ich bin selbst Beamtensohn. Ich bin in Achtung vor den Leistungen des Berufsbeamtentums erzogen worden. Wogegen ich mich hier und im Stadtrat mit aller Schärfe wende, das sind die Erscheinungen bei einem Teil der oberen Beamenschaft der Stadt, die nach Korruption aussehen. Ich habe einfach kein Verständnis dafür, daß ein Beamter kurz vor der Pensionierung noch rasch nach Gruppe 12 befördert wird, ich habe kein Verständnis dafür, daß Beamte in Gruppe 11 heute noch in dieser oder jener Form von der Stadt Mietbeihilfen bekommen. Solche Sachen schaden der Mannheimer Beamenschaft, die zu 90% aus anständigen, tüchtigen und fleißigen Leuten besteht. Aber wenn ein Bürodirektor Händel RM 5000.—... OB. Dr. Heimerich: „Ich entziehe Ihnen das Wort.“ Dr. Orth: Sie sehen, die Wahrheit soll nicht an die Öffentlichkeit gebracht werden. Um den drohenden Ausschluß zu vermeiden, nimmt Dr. Orth Platz. (Lebhafte Beifall von Seiten der NS.) Fortsetzung Folge 22.

Unfah
des S
lich w
Re
faß
Mit
führer
politisch
prog
not
Gewer
rechte
lohnung
zwangs
fach ni
W
Und n
herrsch
scheinu
Recht
Standp
vertr
Klassen
schaffen
kapital
sondern
bestimm
kann in
für je
autar
ausd
men l
gleich
schaft
unmögl
W
renge
gering
parlame
starke
gerade
Lager
Vordau
1930 d
Abwehr
Regleru
schen
des M
hinter
Da
weniger
Systems
Bei
für Ver
in der
Wir
De
KPD.
berufun
Aussicht
sollte.
und ka
unkenan
sich lass
bekennen
kommen
als er
den Mel
in den
Soziald
Vorlage
Erst w
Stellung
der Br
Vertrete
schleht
wurde
Reichsr
einige
Der a
De
lichte a
Erneuer
in V
Deuf
gegen
derar
dem
Gesetz
fängu
daß i
anwa
bezirk
Bani
beuge
Di
weder
Hofman
der An
nachrich
NSDAP

Zur politischen Lage

Von Erich Koch, M. d. R.

Wenn man die Systempresse liest, dann fñhlt man eine Unsicherheit und Nervosität, hinter der die schwere Krise des Systems gedämpft, aber doch noch sehr fñhlsbar erkenntlich wird.

Kein äußerlich gesehen, handelt es sich um den Gegensatz Schiele-Steigerwald in der Frage der Zollpolitik. Mit verzweifeltem Bemñhen ringt der ehemalige Landbundesführer darum, im Kabinett eine Mehrheit für seine agrarpolitischen Vorschläge zu finden, die er selbst als das Mindestprogramm dessen bezeichnet, was der deutschen Landwirtschaft not tut. — Auf der anderen Seite erklärt der christliche Gewerkschaftler Steigerwald (übrigens einer der Führer des rechten Zentrumsflügels), daß die schlechte Entlohnung der deutschen Arbeiterschaft die mit einer Zollerhöhung zwangsläufig verbundene Preissteigerung für Lebensmittel einfach nicht ertragen könne.

Womit beide Minister für ihren Teil völlig recht haben. Und nichts zeigt die Ausweglosigkeit innerhalb des herrschenden kapitalistischen Systems klarer, als diese Erscheinung, daß sowohl Landwirtschaft als Arbeiterschaft im Recht sind bei der Vertretung ihres — entgegengesetzten — Standpunktes! Im Gegensatz nun zu den Interessenvertretungen beider Lager, also im Gegensatz zu dem Klassenstandpunkt des Landbundes und dem der Gewerkschaften erklären wir Nationalsozialisten, daß es innerhalb des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems hier keinen Ausweg gibt, sondern daß dieser Ausweg und damit die Rettung der Arbeiterschaft und der Landwirtschaft nur gefunden werden kann im gemeinsamen Kampf gegen den Kapitalismus, für jenen deutschen Sozialismus, der in einem autarken Wirtschaftskörper Preise und Löhne ausschließlich vom Inlandsstandpunkt bestimmen läßt. Erst diese Nationalwirtschaft ermöglicht den Ausgleich der Interessen zwischen Landwirtschaft und Arbeiterschaft, der im kapitalistischen Weltwirtschaftssystem einfach unmöglich ist.

Allerdings ist nicht anzunehmen, daß diese Zolldifferenzen irgendwelche ernsthafte Schwierigkeiten für die Regierung Brünning mit sich bringen. Dazu ist zwar nicht ihre parlamentarische Basis, aber ihre Markt-Basis eine viel zu starke. Denn nicht oft genug kann betont werden — und gerade auch gegenüber allzugroßen Optimisten im eigenen Lager —, daß die Regierung Brünning härter als alle ihre Vorgängerinnen ist, weil das System durch den 14. September 1930 die große ihm drohende Gefahr erkannt hat und zur Abwehr entschlossen ist. Erst wenn wir einsehen, daß die Regierung das Kabinett zur Rettung des kapitalistischen Systems schlechterhin ist, erst dann werden wir verstehen, daß die Kräfte des Kapitalismus wie des Liberalismus, des Marxismus wie des Ultramontanismus gleichermaßen hinter dieser Regierung stehen.

Darum ist die Krise der Regierung nicht mehr und nicht weniger als eine Krise des Systems und jede Krise des Systems sofort eine Krise der Regierung Brünning!

Diese Betrachtung macht es klar, warum die Hauptgefahr für Brünning aus der Finanzlage kommt, die ihrerseits wieder in der Krise des kapitalistischen Systems begründet ist. —

Ich habe vor kurzem darauf hingewiesen, daß für das laufende Etatsjahr mit einem Fehlbetrag von 1,16 Milliarden zu rechnen sei. Selbstverständlich demontiert die Regierungspresse heftig, um heute eine offizielle Verlautbarung des Reichsfinanzministeriums zu verbreiten, wonach allein die Mindereinnahmen an Steuern 1,25 Milliarden betragen! Da der Fehlbetrag im Budget teils aus diesen Mindereinnahmen, teils aus Mehrausgaben besteht und letztere im Etatsjahr ja noch die Arbeitslosenzuschüsse enthielten, ist kein Zweifel, daß das

Gesamtdesizit über 2 Milliarden

betragen wird, für das keinerlei wie immer geartete Deckung besteht.

Legt man die Zahlen dieses Etatsjahres zugrunde, berücksichtigt man die bereits völlig erschöpfte Kreuger-Anleihe sowie die stark gestiegenen Zinszahlungen, so kann man damit rechnen, daß das Etatsjahr 1931/32 eine Verdoppelung dieses Defizits bringt, womit der Staatsbankrott in unmittelbare Nähe gerückt wäre.

Diese Sachlage verurteilt die Regierung zu schlechthin verzweifelten Rettungsversuchen, die in einem eigenen Artikel behandelt werden sollen.

Gleichzeitig mit diesen innenpolitischen Schwierigkeiten sieht sich die Regierung Brünning ersten außenpolitischen Schwierigkeiten gegenüber, deren Meisterung ihr kaum gelingen dürfte.

Vor allem ist es die deutsch-österreichische Zollunion, die wie eine Gewitterwolke über der Balkonferenz des Völkerbundes hängt. Nachdem es nämlich der französischen Politik gelungen war, den englischen Vermittlungsversuch, der in Chequers zwischen Mac Donald und Brünning besprochen werden sollte, zu vereiteln, haben alle Feinde der Zollunion neuen Mut geschöpft, mit dem Ergebnis, daß die österreichische Regierung schon heute „weich in den Knieen ist“ und wahrscheinlich einen harten Angriff in Genf nicht standhalten wird. Da gleichzeitig die jüdische und marxistische Presse in alter Manier zum Rückzug bläst, erscheint die Position Brünnings umso aussichtsloser, als er sich noch immer nicht entschließen konnte, die Kräfte der nationalen Opposition für die Stärkung der deutschen Position einzubauen.

Die gleiche Situation droht bei der Behandlung der Streitfrage zwischen Danzig und Polen wegen Ödungen einen Erfolg des deutschen Standpunktes unmöglich zu machen. Denn solange eine deutsche Regierung nicht wenigstens den Willen eines entschlossenen Volkes hinter sich hat, solange ist es ihr einfach unmöglich, außenpolitische Erfolge einzubekommen.

Da es den Nutznießern des Systems aber mehr auf ihre Parteiherrschaft, als auf erfolgreiche Außenpolitik ankommt, so werden sie auch fernerhin die Mitwirkung der nationalen Opposition ablehnen und damit eine wirkungsvolle und erfolgreiche Außenpolitik unmöglich machen.

Unsere Aufgabe ist es daher, durch Verstärkung unserer Front diesen Kurswechsel zu erzwingen, wofür das stetige Volksbegehren nur ein Anfang war.

Die Politik der Woche

Wirtschaftlicher Querschnitt.

Bilanzen gleichen alten Lanten; Verschleiert, aber gut friert. Die jüngste Bilanz der Deutschen Reichsbahn ist auch verschleiert, aber schlecht friert. Sie begnügt sich mit einem Schlingengewinn von „nur 104 Millionen Mark, was in der breiten Öffentlichkeit auch den Schein eines guten Standes erweckt. Unsere Aufgabe ist es jedoch, dieselbe breite Öffentlichkeit vom Gegenteil zu belehren und ihr zu sagen, daß die Reichsbahn im nächsten Jahr am Ende ist, wenn nicht Reparationslasten, Spähengehälter und verlustbringende Beteiligungen beseitigt werden.

Der Rohgewinn belief sich 1929 auf 880 Millionen Mark, 1930 nur auf 480 Millionen, also ein beträchtlicher Rückgang! Vom Rohgewinn geht natürlich auch diesmal Dank der Erfüllungspolitik die Reparationssteuer in Höhe von 660 Millionen Mark ab, was einen glatten Verlust von 180 Millionen bzw. nach Berücksichtigung des Saldos von 1929 einen ungefähren Ausgleich bedeutet. Soweit die Tatsachen. Der von der Reichsbahn mit viel Stolz ausgewiesene „Reingewinn“ muß also eine geheime Quelle haben. Und diese Quelle heißt Staat, Reich oder Gesamtheit der Steuerzahler, wie man es nennen will. 133 Millionen Mark stammen von jener Gesamtheit der Steuerzahler; sie sind ein Geschenk an die Reichsbahn in Form der Streichung eines Reichsdarlelehens aus dem Jahre 1929.

Der kleine Steuerzahler wird über diese Großzügigkeit des Reiches erstaunt sein, zumal die Rat-Verordner immer von Defizit im Reichshaushalt sprechen. Gerechte Empörung zeigt aber der kleine Steuerzahler, wenn er hört, daß bewußte 133 Millionen Mark Steuererlösen vulgo Geschenk an die Reichsbahn nicht durch Lohnerhöhung den unteren Reichsbahnarbeitern zukam, sondern zur Hälfte als „Vorzugsdividende“ in die Taschen der mammonistischen, meist ausländischen Großinhaber von „Reichsbahn“-Vorzugsaktien fliegen! Zinsen sind also wieder einmal unantastbar. Fahre nur so weiter, teure Youngbahn, fahre bei abnehmender Sicherheit deiner Anlagen noch mehr Volksgenossen in den Tod, vergeße aber darüber niemals die Sicherheit der Zinsen und die „wohlerworbenen“ Rechte des Juden Schenker!

Eisenbahn und Post sollen die gesündesten Betriebe eines Staates sein! Diese Forderung ist jedoch im Lande der Youngsonne eine Utopie. Die Reichsbahn beweist es täglich, die Reichspost gelegentlich und zwar durch Anleihen bei der Öffentlichkeit. Diesmal kann jeder, der etwa durch Senkung des Drucksachenportos Ersparnisse machte, mit diesen Ersparnissen Schahanweisungen der Reichspost kaufen; 6 % Zinsen nebenbei!

Die Reichspost braucht Geld, viel Geld. Bare 150 Millionen! Wozu? Zur Einlösung ihrer fälligen, alten Schahanweisungen, die eigentlich aus laufenden Mitteln zurückbezahlt werden sollten, heute aber in neue Schulden übergehen. Warum? Weil die Reichspost gewöhnt ist aus dem Volke zu schöpfen, weil sie ebenso wie die Reichsbahn ihren hohen Beamten Gehälter und Pensionen bezahlt, die in keinem Verhältnis zu deren Leistung und Vorbildung, sowie zur Not der kleinen Postbeamten stehen.

Die Tatsache, daß die Schulden der Reichspost nunmehr ein Viertel des Gesamtvermögens ausmachen, gibt ebenso zu denken, wie die Unmöglichkeit einer Rückzahlung der neuen Anleihe im Oktober 1933. Es sei denn, daß bis dahin ein früher Wind durch die Einrichtungen der Reichspost weht. Ob Schädel diesen Wind schätzt? Sicherlich nicht in dem Maße, wie jene rein jüdischen Bankhäuser den Rebbach schätzen, den sie bei der Ausgabe von 150 Millionen Mark Schächelscher Schahanweisungen machen!

Ein anderer Vertreter der öffentlichen Hand, oder besser die bisherige rechte Hand der internationalen Tributerpresse, Herr Reichsbankpräsident Dr. Luthcr, hielt dieser Tage in Luxemburg einen Vortrag bei den Rotariern. Was sind Rotarier? Ein Spahpogel wird sagen: Rote Arier. Er mag recht haben, denn manche Mitglieder dieses Klubs sind Arier und wären dazu echte Deutsche, wenn sie nicht das rote Gift des Marxismus unbewußt in sich tragen würden. Offiziell sind die Rotarier eine internationale Vereinigung von Geschäftsteuten zur Hebung der Geschäftsmoral!

Und ausgerechnet vor dieser Vereinigung sprach Dr. Luthcr, dessen „Geschäftsmoral“ in einem Jahresgehalt von 200 000 Mk verankert ist, ohne Rücksicht auf die vielen Erwerbslosen, die ihre bittere Not nicht zum geringsten Teil der 12 % Dividenden bringen den „Geschäftsmoral“ jener von Dr. Luthcr so „national“ geleiteten Reichsbank verdanken. Daß Deutschlands Not eine Mauer geworden ist, über die kein Erfüllungspolitikler mehr hinwegspringen kann, scheint indessen auch Luthcr zu begreifen, wie aus seiner Luxemburger Rede sowie aus der Reichsbank-Bilanzsitzung hervorgeht. Er macht jedoch einen Umweg und dieser Umweg ist weit. Vielleicht kommt es aber in absehbarer Zeit zu dem Geständnis, daß Deutschlands Tribute nicht mehr harmlose Störenfriede, sondern schon lange schwere Zerstörer unserer Wirtschaft sind.

Wir wollen dann aber auch die Tat sehen, die eine solche Erkenntnis von einem Reichsbankpräsidenten fordert. Und die Tat heißt heute genau wie bei Beginn unseres Kampfes gegen den Youngplan: Erst Freiheit und Brot, dann Reparationen! Unser Arbeitslosenherr will und soll in einem freien Deutschland arbeiten. Es will und soll Werte schaffen, die der Nation und ihm selbst zukommen. Werte werden aber nicht geschaffen, indem man zum Zwecke unproduktiver Arbeitslosenfürsorge dauernd Auslandsanleihen aufnimmt bzw. Reichs-„Schahwechsel“ auf ein zahlungsunfähiges Reich ausstellt. Werte werden vielmehr durch rücksichtslose Angefaltung unserer Wirtschaft zum Nutzen aller geschaffen. Dazu ist aber das heutige System nicht fähig. Auch nicht im Zeichen der Notverordnung!

- 2. Pq Rosenbergs sei während des Krieges bei einer russischen Militärkommission in Paris gewesen.
- 3. Pq Staatsminister Dr. Frick habe seinen Gehalt sofort um 2000.— erhöht.

Darauf trat ein Nationalsozialist vor die 400 Anwesenden und erklärte wörtlich: „Du scheinst mir ein ganz unerschämter Hund zu sein, noch so weiter und du kriegst deine Abreibung.“ Der Zentrumsherr wurde dann ruhiger.

Wir fügen nur hinzu, daß alle drei Behauptungen erstanten und erlogen sind. Das gehört zum „christlichen“ Kampf des Zentrums.

Wir verzichten, auch wenn man uns braucht!

Der Aeltestenrat des Reichstags hatte auf Antrag der KPD eine Sitzung anberaumt, auf der die sofortige Einberufung des Reichstags zwecks Unmöglichmachung der in Aussicht stehenden sozialpolitischen Rotverordnungen beschließen sollte. Die Nationalsozialisten waren diesmal nicht erschienen und kamen nicht, trotz eines telephonischen Rotschreies von unbekannter Seite! Sie wollten die Gesellschaft lieber unter sich lassen, insbesondere um die KPD zu zwingen, Farbe zu bekennen. Der „Vorwärts“ wird nun wohl zur Einsicht kommen, welchen Unfuss er seinen Lesern neulich verzapft hat, als er behauptete, die Nationalsozialisten schlichen sich über den Aeltestenrat und den Roggenuntersuchungsausschuß wieder in den Reichstag. Wie vorauszu sehen, widersprechen die Sozialdemokraten einer Reichstagsseinberufung, „weil konkrete Vorlagen der Reichsregierung noch nicht vorhanden seien.“ Erst wenn derartige vorliegen, könne man zur Einberufung Stellung nehmen. Die Selbstentlarvung dieser treuesten Stützen der Brünning-Regierung ist also eingetreten. Daß auch die Vertreter der anderen Parteien — die Deutschnationalen fehlten ebenfalls — widersprechen, war selbstverständlich. So wurde dann der kommunistische Antrag abgelehnt und die Reichsregierung konnte ihre Lebenszeit wieder einmal um einige Zeit verlängern.

Der amtliche Preussische Pressedienst schwindelt!

Der Amtliche Preussische Pressedienst, Berlin, veröffentlichte am 22. April 1931 unter der Ueberschrift „Noch ein Erneuerer“ folgenden Schwindel:

„Ein „Kaufmann“ Wilhelm Hofmann aus Arolsen ist in Pommern als Wanderredner der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei aufgetreten und hat in seinen Reden gegen die Einrichtungen des Reiches und des Staates sich derart heherisch geäußert, daß er am 26. März d. Js. von dem Schnellrichter in Greifswald wegen Vergehens des Gefehes zum Schutze der Republik zu drei Wochen Gefängnis verurteilt worden ist. Dabei ist festgestellt worden, daß der Bestrafte außerdem noch von 5 weiteren Staatsanwaltschaften gesucht wird. Im Bereich des Regierungsbezirks Straßund ist gegen diesen nationalsozialistischen Wanderredner von dem Regierungspräsidenten ein vorbeugendes Rederverbot erlassen worden.“

Die Reichspropagandaleitung stellt auch hierzu fest, daß weder ein Redner noch überhaupt ein Parteigenosse Wilhelm Hofmann aus Arolsen in der NSDAP bekannt ist. Auch der Amtliche Preussische Pressedienst scheut vor Schwindelnachrichten nicht zurück, wenn es sich um die verhasste NSDAP handelt.

Zentrums-Schwindel!

Das „Pfälzer Tageblatt“, Kaiserslautern, schreibt unter dem Titel „Der wahre Nationalsozialismus“ folgenden Schwindel:

„Dem „Kottater Voten“, Pfarrkirchen (Nr. 87 vom 18. und 19. April 1931), entnehmen wir folgendes: Am 16. April veranstaltete ein Nationalsozialist namens Keiffenstuel in Untergrafensee eine neutral aufgelegene „Unterhaltung“ über politische Tagesfragen. Der Zweck der Veranstaltung wurde sehr rasch erkennbar: es war ein nationalsozialistischer Fñhler, inwieweit die Gemeinde für diese Partei wohl zugänglich sei. Herr Keiffenstuel hat nun allerdings gründlich dafür gesorgt, daß für die Nationalsozialisten die Türe dort ein für allemal zugeschlagen wurde. Wie das genannte Blatt aus der Feder eines Ohrenzeugen mittelt, hat der nationalsozialistische Propagandaredner unter stürmischen Protestkundgebungen der ausnahmslos katholischen Bauern der Gemeinde auch folgende Gedankengänge vertreten:

Die gefährlichsten Feinde des Deutschtums sind die Juden und Rom, d. h. die katholische Kirche und hier wieder besonders die Jesuiten. Der Katholizismus findet nun mehr bei schwächlichen Gemütern Anklang. 90 Prozent gehen bloß aus Geschäftsrücksichten in eine Kirche. Die Geistlichen glauben fast ausnahmslos selbst nicht, was sie lehren. Wenn zwei hohe Kirchenfürsten, wie z. B. Kardinal Faulhaber über kirchliche Lehren sich unterhalten würden, so würden sie sich krank lachen über die Dummgläubigkeiten ihrer Schafe. . . . Vom Taufsakrament sprach Keiffenstuel wegwerfend als von „Wasser über den Kopf schütten“.

So etwas wagt ein nationalsozialistischer Agitator in einer ausschließlich ländlichen Gegend vorzutragen. Was muß da alles zusammengeredet werden in Gegenden, wo der Boden für antikatholische Instinkte von Natur gegeben und entsprechend aufgelockert ist? Ganz Dummen versucht man trotz allem immer noch glaubhaft zu machen, daß man die Katholiken und die katholische Kirche bestimmt nicht meine, sondern „nur“ das Zentrum und die Bayerische Volkspartei.

Die Reichspropaganda-Leitung stellt hierzu fest, daß es weder einen nationalsozialistischen Redner noch überhaupt einen Parteigenossen namens Keiffenstuel innerhalb der NSDAP gibt. Wiederum ein Beweis dafür, daß das Zentrum mangels geistiger Waffen mit plumpen Schwindelnachrichten zu arbeiten vermag.

Uns wird mitgeteilt: Der Zentrumsredner Redakteur Dr. Rahm, Bingen, hat in Zentrumsversammlungen in Oberhildesheim behauptet, daß 1. Unser Führer nur, als seine Auslieferung an Oesterreich drohte, ins Deutsche Heer eingetreten.

Der politische Wetterwinkel

Moffe plaudert aus der Schule.

Die Hintergründe des evangelischen Staatsvertrages.

Es hat kaum jemals etwas klareres gegeben, als die Folgerungen, die das evangelische Konkordat mit seiner ängstlich geheimgehaltenen „politischen Klausel“ haben muß. Die Tinte der Unterschriften ist noch nicht trocken, da schreibt schon die im Lachmann-Moffeschen Hinterhaus (wo sonst wären evangel. Belange besser aufgehoben?) erscheinende „Verl. Volks-Stg.“ (1928): „Der Staat wird gerade in Zukunft weit mehr um die Verhältnisse in der evangelischen Kirche, vor allem um die Befehzung der leitenden Kirchenämter kümmern müssen. Daß die Theologiestudenten — in reaktionärem Geist — ein Hauptkontingent der nationalsozialistischen Studentenbünde. Das gleiche gilt für einen großen Teil der Pfarrer. So hat der Superintendent der Stadt Stargard... Das ist einer von den Fällen, die unterbunden werden müssen. Mag es der evangelischen Kirche auch schwer fallen; sie muß sich samt allen Pfarrern (!) in ihrer Gesamtheit (!) auf den Boden des Volks-Staates stellen, wenn sie sich nicht selbst das Grab graben will.“ — So Lachmann-Moffe. Ueber Thema Volksstaat etwas zu sagen, hindert uns das bekannte Papagenoschloßchen. Im übrigen aber: Die Herren „Sasager“ der Generalsynode mögen versichert sein, daß sie in den kommenden Zeiten über Mangel an Ueberflus von Unruhe in ihren Bezirken nicht zu klagen haben werden. Es wird von der sprichwörtlichen „Haischnur“ nicht zu knapp die Rede sein müssen.

Ein würdiger Regierungsvertreter.

Ueber die verhältnismäßig unglaublich zahlreiche Befehzung einflussreicher Stellungen in den Reichs- und Länderregierungen mit den Söhnen des „ausgewählten“ Volkes ist die Öffentlichkeit durch geschickte Manöver leider nicht umfassend unterrichtet. Da läßt sich — wie wir es in den letzten zehn Jahren in zahlreichen Fällen erlebt — ein solcher Herr ein paarmal ertauschen (mosaisch, katholisch, evangelisch, diffident — das ist die Reihenfolge), ändert seine Namen und erscheint bis auf einige Schönheitsfehler als guter „Deutscher“. Teilweise macht man sich diese Mühe gar nicht mehr, die Bevorzugung Israels zu verschleiern. Ja, in der letzten Zeit erschienen wiederholt jüdische Ministerialbeamte als offizielle Vertreter der Reichsregierung, Ehrengäste usw. Dies hat der ja so liberale deutsche Bürger bei einem Kabinett, dem selbst „prominente“ Juden angehören (man vergleiche die Köpfe der großen Koalition usw.) vielleicht noch verstanden. Daß aber ein „Kabinett der Frontsoldaten“ zu einer kulturpolitischen Tagung keine deutschen Vertreter entsendet, blieb dem Brüning-Kabinett vorbehalten.

Auf der am vergangenen Sonntag abgehaltenen jährlich besuchten Hauptversammlung des Börsenvereins der deutschen Buchhändler begrüßte der Vorsitzende als ersten Ehrengast den Vertreter der Reichsregierung, einen Herrn Dr. Freudenberg. Wir stellen also fest: Bei einer wesentlich deutschen Belange vertretenden Versammlung wie der des deutschen Buchhandels läßt sich die Reichsregierung von dem Juden Freudenberg vertreten! Was das heißt, brauchen wir unseren Lesern nicht weitläufig auseinanderzusetzen!

Werbt überall für das Hakenkreuz-Banner!

Schiller und die Volksverderber.

Zum Todestage des Dichters am 9. Mai. Von Dr. Fabricius, M. d. R.

Nur dem erwachten Deutschen vermögen die großen Gestalten der deutschen Vergangenheit etwas zu sagen. Dem schlafenden bleiben sie kumm. Wer die wunderbare seelische Wandlung und Neugeburt, die der Nationalsozialismus als „Erwachen“ bezeichnet, an sich selbst erleben durfte, der weiß auch, daß von Etwa an die ganze Schöpfung für ihn ein neues Gesicht erhielt, sein Leben sich nun erst mit tiefem Gehalt erfüllte und tausend Erscheinungen und Dinge, die ihm bisher fremd, gleichgültig und tot erschienen waren, einen völlig neuen, lebensvollen Sinn offenbarten. Diese Erfahrung macht der erwachte Deutsche auch mit dem vergessenen Dramatiker Friedrich Schiller.

Es ist nicht zu viel gesagt, daß das deutsche Volk seinen Schiller buchstäblich vergessen hatte. Einst gab es eine Zeit, da man sich der einzigartigen Bedeutung bewußt war, die dem Lebenswerk dieses Dichters für unser Volk zukommt. Als Schiller starb, beschloß man zu seinen Ehren ein Nationaldenkmal zu errichten; die bittere Not der napoleonischen Kriege vereitelte diesen Plan. Dann aber folgten jene hundert Jahre, in denen sich die Giftstoffe liberalistischer und materialistischer Irreführer tiefer und tiefer in die deutsche Volksseele hineinfraßen. Schillers Wertesankung sank. Das Gefühl für seine Größe erstarb. Je mehr es den dunklen Mächten gelang, in unserem Volke den sittlichen Lebensgeist zu zerstören und den heiligen Kampfgeist einzuschläfern, desto geringer wurde das Verständnis für Schillers Dichtungen werden. Die deutschen Ideale und Kampfsiele, die Schiller verkündet, konnten in erstorbenen Seelen keinen Widerhall mehr wecken. Die Begeisterung, die aus seinen Worten lodert, dünkte den „modernen“ Deutschen unverständlich und gegenstandslos. Man begann, den feurigen Ränder deutschen Volkens als Dichter der Phrase zu verlästern.

Kein Zweifel, daß die Mächte der Volksvergiftung bis heute, teils offen, teils insgeheim, alles daran gesetzt haben, um unserem Volke diesen gefährlichen Dichter, der zugleich ein Kämpfer war, gründlich zu verkehren. Nur zu deutlich

Zentrum geisteskrank.

Die Zentrumszeitung von Hannover muß ein Redaktionsmitglied mit dem § 51 in ihrer Schreibstube sitzen haben. Sie gibt, wie wir der „Niedersächsischen Tageszeitung“ entnehmen, eine Meldung des demokratischen Zeitungsdienstes wieder, wonach Pg. Göring mit dem Papst demnächst über die Stellung des Papstes zu den parteipolitischen Kundgebungen einiger Zentrumsmitglieder in Deutschland verhandeln soll. Da soll nun die NSDAP eine „Reform an Haupt und Gliedern vornehmen“. Sie soll die Hoffnung aufgeben, an der deutsch-feindlichen Haltung des Zentrums etwas ändern zu können. Endlich soll der Friede mit der Kirche (soll heißen Zentrum) nur unter der Bedingung möglich sein, die „die Kirche“ bestimmt und die der Nationalsozialismus nur einfach anzunehmen hat! — Das sagen Parteibonzen, die seit Jahren in unverschämter Weise die Religion für unsaubere politische Ergraber- und Höfengeschäfte mißbrauchen, die auch parteipolitisch knapp ein Drittel der deutschen Katholiken und dazu einen Haufen Juden „umfassen“.

Sie sagen das in einem Land, dessen Bevölkerung zu zwei Dritteln evangelisch ist, in dem Millionen bereits durch politische Pfaffen ins Lager der Freidenker und des antikirchlichen Gottglaubens — das gibt es nämlich auch, wertere Zentrumsqualitäten! — getrieben worden sind.

Der nationalsozialistische Staat wird jedenfalls kein Staat mit besserer Luft, also ein Staat ohne Zentrum sein!

Deverve Wirtschaftspolitik.

Trotz des außerordentlichen Rückganges der Kaufkraft, der Wirtschaftskrise und der teilweise Preisrückgänge im verflochtenen Jahre ist die Höhe der Umsatzziffern des Warenhaushalts gleich geblieben, ja teilweise noch gestiegen. Diese Tatsache ist wiederum ein Beweis, welche klaffende Unterbrechung des Warenhaushalts von der deutschen Wirtschaft trennt, daß dies gar nicht dazu gehört! Hier wird auf Kosten der Allgemeinheit eine Anzahl Verkaufspaläste, Aktienkapital und Dividenden, kurz Profit bei einigen Wenigen gehäuft. Als drastisches Beispiel sollen hier nur die Bilanzzahlen eines kleineren (!) Warenhausunternehmens, der „Emil Köster A.-G.“ genannt sein, die zum Michael-Konzern gehört. Kennzeichnend ist, daß die Emil Köster A.-G. ihren Umsatz mit rund 80 Millionen RM gegenüber dem Vorjahr unverändert aufrecht erhalten konnte, sodas also unter Berücksichtigung des im Jahre 1930 stattgefundenen allgemeinen Preisrückganges eine Umsatzsteigerung eingetreten ist. Es ist im Jahre 1930 eine neue Filiale in Stettin hinzugekommen, wodurch sich die Zahl der Kaufhäuser auf 22 erhöhte. Durch diesen Zugang sind wieder zahllose kleine Mittelstandsbesitzer vernichtet. Dem Totengräber aber geht es gut, die Dividenden und Anteile der Reibschicht steigt. Die derzeitige Verantwortung sehen diesen planmäßigen Ruin weiter und weiter und wertvoller Volksschichten latentlos zu. Deverve Wirtschaftspolitik!

Variationen in Vertrauensgebungen.

Bekanntlich hat das Zentrum wegen der Ernennung von Herrn Heidelberg zum Stadtoberschulrat von Heidelberg eine förmliche Anfrage an die Regierung gerichtet. Darin heißt es u. a.: „Was gedenkt die Regierung ferner zu tun, um das nötige Vertrauen in die Schulverwaltung in Heidelberg zu sichern und eine menschliche gute Zusammenarbeit mit der gesamten Heidelberger Lehrerschaft zustande zu bringen.“ Der Heidelberger Dienststellenausschuß, dessen Obmann Herr

Lindensfelder ist, sprach Herrn Hofheinz, obwohl er erst wenige Tage Stadtoberschulrat ist, sein Vertrauen aus.

Wir möchten das Zentrum warnen, auf diesen Bahnen weiterzufahren. Es hat offenbar die Folgen seiner Politik nicht bedacht. Ihm droht, erdrückt, zerquetscht zu werden und zum Schlusse gar zu ertrinken in einer Flut von Vertrauensgebungen. Man bedenke, wie viele Möglichkeiten bestehen, wenn man weiß:

- Hofheinz: 1. Vorsitzender der Staatspartei (Heidelberg), 2. Obmann des Badischen Lehrervereins, 3. Stadtoberschulrat.

- Lindensfelder: 1. Schriftführer der Staatspartei (Heidelberg), 2. Schriftführer des Badischen Lehrer-Vereins (Obmannkandidat), 3. Obmann des Dienststellenausschusses.

Und nun variere man

- 1 zu 2 zu 3; 2 zu 1 zu 3; 3 zu 1 zu 2; 2 zu 3 zu 1; 3 zu 2 zu 1; umgekehrt und bedenke,

daß erst zwei dieser Kundgebungen gefallen sind.

Man lache nicht und bezweifle ja nicht die Möglichkeit.

Denn ungeahnte Möglichkeiten sind vorhanden.

Als Hofheinz auf Grund falscher Zahlen in Freyersbach vor über 100 Vertretern der Lehrerschaft den Lehrstand, um seine eigenen Verdienste und die Verdienste der Koalitionsregierung, hervorzuholen, als Revolution- und Inflationsgewinnlerstand hinstellte, da klatschten sie begeistert Beifall, unbekümmert um das schiefe Licht, in das der ganze Stand geraten mußte, unbekümmert um die Folgerungen, die bei der heutigen Wirtschaftslage gezogen werden, unbekümmert um die tributheischenden Feinde. Keiner dachte an seinen Schulkalender mit dem vorzüglichsten katifischen Material, wonach in ganz Baden nicht 3000, sondern nur 140 Stellen seit Vorkriegszeit mehr geschaffen wurden.

Nicht einmal der Presseberichterhalter war so schlau, diese falschen Zahlen wegzulassen. Sie waren berauscht, nicht von Schnaps, Wein, Bier oder dergleichen, sondern vom Honigsüß, der Hofheinzens Munde entströmte.

Und nun komme keiner und bezweifle die Möglichkeiten. Wir warnen!

Aus einem „deutschen“ Senderprogramm.

Wie wichtig es ist, daß sich die nationalen Rundfunkhörer mit rücksichtsloser Schärfe gegen die gegenwärtige Zivilisationsfucht und Tendenzmache in den Rundfunkdarbietungen wehren, zeigt ein Vorfalle, den wir der „Preussischen Zeitung“ entnehmen. Danach wagte es die Ostpreussische Radiogesellschaft (Draag), um den ostpreussischen Juden an ihrem „Schabbas“ eine Freude zu bereiten, deren stärkste Partei die NSDAP ist, eine jüdische Plattfußgeschichte vorzulesen, die zum Hohn mit dem König-Karl-Marsch eingeführt wurde. Ein „Schriftsteller“ mauselte geschlagene zehn Minuten von der keuschen Rahel, die aus Liebe — wer wagt daran zu zweifeln, ihr werdet doch wohl nicht glauben aus Berechnung, liebe Rundfunkhörer — mit einem russischen Oberst durchbrannte, um dann zum Schluß in Konstantinopel einen abessinischen Prinzen kennenzulernen, der die durch Liebe in Etend und Schmutz geratene jüdische Dirne zur Kaiserin über sein Volk erhob! Diesem jüdischen Nachtraum folgte der Kommandeurmarsch. Eine fabelhafte Zusammenstellung! Eine jüdische Sittengeschichte und als Umrahmung deutsche Marschmusik! Genügt dir diese Ohrfeige nicht, ostpreussischer Rundfunkhörer? Was gedenkt die Draag uns nächsten Sonntagabend aufzulassen, wenn man sich diese bescheidenen Anfrage erlauben darf, und was gedenkt die Hörer zu tun?

noch mit überlegenem Lächeln seiner erinnern.

Wie betäubend diese planmäßige Verächtlichung Schillers auf den einseitigen Michel gewirkt hat, zeigte sich an einem besonders auffallenden Beispiel, als am 10. November 1929 der Geburtstag Schillers bei seiner 170. Wiederkehr notgedrungen in der Presse mit Gedenaufführungen begangen werden mußte. Damals brachte eine betont nationale, sonst gut deutsche Zeitung es fertig, aus der Feder eines namhaften Kritikers eine „Würdigung“ des Schiller'schen Lebenswerkes zu bringen, die nach einigen pflichtschuldigen Verbeugungen vor dem „edlen Menschentum“ des Dichters in der Behauptung gipfelte, daß die Bühnenwerke des größten deutschen Dramatikers heute völlig wertlos seien. Der Verfasser bezeichnete die Gestalten Schillers als „Theaterfiguren, die sich an ihren Drähten nicht wenden dürfen“ und „nur von vorn etwas vorstellen“, und erklärte die erhabene Wallenstein-Trilogie für eine „theatralische Aktion“ und eine „besser nicht zu überprüfende Erinnerung an die Zeit, da man andächtig fertiggestellte Meinungen übernahm“. Erstrecklich schreit mir an diesen Auslassungen lediglich die Offenheit zu sein, mit der der Verfasser zu verstehen gibt, daß er seine Kindheitsmemoranden vorsichtshalber nicht „überprüft“, mithin das von ihm „gewürdigte“ Werk wohl seit seiner Schulzeit überhaupt nicht wieder gelesen hat.

Es ist schon so: dank des einschläfernden Giftes der Volksverderber hätte das alte Deutschland seinen Schiller vergessen. Und jenes bürgerlich-nationale Blatt hat mit seinem Schiller-Aussatz noch einmal den schlaftrüben Dämmerzustand offenbart, in dem sich gewisse Ueberbleibsel des alten Deutschlands auch heute noch wohlfühlen. Wir aber dürfen mit Stolz feststellen: an den Schiller-Gedenktagen der letzten Zeit hat allein die nationalsozialistische Presse, diese aber einmütig, bewiesen, daß sie die gewaltigen Gleichnisse, die uns Schiller für die deutsche Gegenwart und die zu erkämpfende deutsche Zukunft in seinen Bühnenwerken bietet, verstanden hat und zu würdigen weiß. Noch einmal: nur dem erwachten Deutschen vermögen die großen Gestalten der deutschen Vergangenheit etwas zu sagen, — dem schlafenden bleiben sie stumm.

Wir aber wollen die schlafenden wecken, daß sie ihren Dichter wieder hören können. Je schneller uns dies gelingt, desto eher haben die Volksverderber ausgespielt.

Am 2...
die Schloß...
Karl Phil...
Trobe...
in ihren...
die Gruff...
3. Gemahl...
hösschen...
die Traun...
und wenig...
Kurfürsten...
Gruff de...
Karl Th...
schmidten...
München...
Kirchensda...
berhalsar...
1794 vor...
und nicht...
die Stadt...
1795 ein...
der Schlo...
kamen fill...
Glanz und...
lag sie fast...
lazarettmie...
Anzw...
hatte sich...
Mannheim...
der vordan...
stand des...
die seit M...
Durch sein...
katholische...
kirchlichen...
ihren erste...
Frei...
Auge entz...
die mangel...
lich wurde...
polizeilich...
Gemeinde...
Denn nun...
und unter...
in ihrer a...
Ran f...
vergangen...
am 3 e si...
einem leib...
gedenken...
die in ihr...
und sie, u...
weggeführt...
Dabei ist...
nicht befie...
lebendigen...



Geschäfts...
Geschäft...
Geld...
Fehl...
Politz...
wigs...
Stellvert...
Stellvert...
Kassenverw...
Abrech...
Organisatio...
Betriebszsch...
Beziehungs...
Sturm...
Sozialam...
Kommunali...
Opferung...
Donner...
Landtagsfr...
Buchhandl...
S. A. G...
S. A. Kasse...
Hilfer-Juge...
Frauen-De...
Nationalso...
Steuerbera...
Verlag un...
Tel. 31...
Berlagsstell...
Schriftstell...
Freitag...
Redakti...
Anzeigenab...
Anzeige...
Tannach...

Zweihundertfeier der Mannheimer Schloßkirche.

Am Mittwoch, den 13. Mai, werden es 200 Jahre, daß die Schloßkirche in Mannheim in Gegenwart des Kurfürsten Karl Philipp feierlich eingeweiht worden ist.

Trobes und Crastes hat sie in dieser langen Zeitspanne in ihren Mauern gesehen. 1734 zog der erste Kurfürst in die Gruft unter dem Hochaltar ein, Violantia Theresia, die 3. Gemahlin des Kurfürsten. 1742 fand hier mit all dem hoffischen Prunk jener Zeit durch den Erzbischof von Köln die Trauung des Erben der Kurpfalz, Karl Theodor, statt, und wenige Monate später die dreitägige Trauerfeier für den Kurfürsten Karl Philipp, der in prunkvollem Sarg in der Gruft der Kirche bestattet ward. Unter seinem Nachfolger Karl Theodor geschah noch manches, um die Schloßkirche zu schmücken und auszustatten. Als er dann aber 1778 nach München überiedelte, nahm er den größten Teil des reichen Kirchenbesizes der Schloßkirche, darunter den silbernen Hauptaltar mit nach München. Der Rest des Schatzes wurde 1794 vor dem drohenden Einrücken der Franzosen gesichert und nicht mehr zurücksgebracht. Dann ging der Krieg über die Stadt dahin und der ganze westliche Schloßflügel ward 1795 ein Opfer der Feuersglut. Erst an der Brandmauer der Schloßkirche brach sich die Wut der Flammen. Nun kamen stille Zeiten für die schmucke Kirche, die zuerst so viel Glanz und Prunk geschaut. Hinter blind gewordenen Scheiben lag sie fast vergessen da, bis sie im Krieg 1870/71 als Hauptlazarettunterlage verwendet wurde.

Inzwischen war das vatikanische Konzil gewesen und hatte sich in seiner Folge eine alt-katholische Gemeinde in Mannheim gebildet. Auf ihren Antrag auf Mitbenützung einer der vorhandenen Pfarrkirchen leitete der damalige Amtsoverstand des Bezirksamtes ihren Blick auf die alte Schloßkirche, die seit Menschenedenken kirchlich nicht mehr benützt worden. Durch seine Vermittlung erbat und erhielt die junge alt-katholische Gemeinde die Schloßkirche vom Großherzog zur kirchlichen Benützung und feierte darin am 12. März 1874 ihren ersten Gottesdienst.

Freilich war damals all die Schönheit, die jetzt das Auge entzückt und das Herz miterhebt, durch das Alter und die mangelnde Pflege vielfach entsetzt und verdeckt. In schließlich wurden die Mängel so bedenklich, daß die Kirche baupolizeilich geschlossen werden mußte. Was aber erst der Gemeinde zum Leid war, ist ihr dann zur Freude geworden. Denn nun endlich wurden ihre Bitten und Gesuche erfüllt und unter sorgsamster Wahrung des Ursprünglichen die Kirche in ihrer alten Schönheit wieder hergestellt.

Nun sind 200 Jahre seit der Einweihung der Schloßkirche vergangen. Dieser Tatsache will die alt-katholische Gemeinde am Feste Christi Himmelfahrt, vorm. 10 Uhr, in einem lehrreichen Hochamt mit Festpredigt besonders gedenken. Es war ihr allzeit mit einer Aufgabe, die Kirche, die in ihrer Art ein Schmuckstücklein ist, liebend zu pflegen und sie, nachdem all ihre Veramende und ihr Kirchenbesitz weggeführt worden, wieder in würdiger Weise auszustatten. Dabei ist ihr aber bewußt, daß der kostbarste Kirchenbesitz nicht besteht in äußeren Dingen, sondern in einer innerlich lebendigen, betenden Gemeinde.

Pg. Lenz

in Mainz

Die in der Stadthalle abgehaltene Versammlung mit Pg. Lenz M.d.R. gestaltete sich wiederum zu einer imposanten Kundgebung und Treuebekennung zu unserem Führer Adolf Hitler. Unter schneidig gespielter Marschmusik der S.A.-Kapelle marschierten die braunen Kolonnen von mächtigem Jubel und Heilrufen der Anwesenden begrüßt, in die dichtgefüllte Stadthalle. Pg. Köbler erteilte nach einleitenden Worten dem Redner des Abends, Pg. Lenz M.d.R., der von den Versammlungsteilnehmern stürmisch begrüßt wurde, das Wort. Der Redner entwarf in wohlüberdachten Ausführungen ein wahrheitsgetreues Bild der von unseren Gegnern seit 12 Jahren getriebenen Katastrophenpolitik. Er richtete schärfste Worte gegen die sog. „Deutsche Volkspartei“, die in Thüringen ja klar bewiesen hat, wie weit es mit ihrem Deutschtum steht. Pg. Lenz behandelte dann eingehend die gegen uns gerichtete Notverordnung, die aller Demokratie widerspricht. Redner zeigte den Unterschied zwischen der Politik Bismarcks und Brünnings, wobei letzterer recht schlecht abschnitt. Verabschueungswürdig sei das Gebahren des Zentrums, denn es trage ihre verlogene Politik in die Kirche. Ein Zusammengehen mit dem Zentrum sei ausgeschlossen, da wir auf diese Heuchler verzichten, die heute für Krone und Altar kämpfen und morgen für den pazifistischen Gummiknüppel und für den Juden. Weder Gehehe, Gummi knüppel und Staatsanwälte können uns mürbe machen. Nein, Härte und Verblissenheit wird uns den Erfolg unserer Sache erzwingen.

Stehend sangen die Massen das Horst-Wessel-Lied!

in Gaggenau

Pg. Lenz, M. d. R., sprach in der überfüllten Gombriushalle in Gaggenau über das Thema: „Heraus aus Not und Leid“. Zunächst befahte er sich mit den neuesten Notverordnungen, die eigentlich das heute in Deutschland maßgebende Gesetz seien. Durch sie ist die Grundlage des heutigen Staates, die Weimarer Verfassung, außer Kraft gesetzt und es wäre dringend nötig, daß an den deutschen Universitäten eine besondere juristische Fakultät geschaffen würde, in der die Polizei in der Handhabung der derzeitigen Unterdrückungsmassnahmen ausgebildet wird. Der Redner gefielte dann in scharfen Worten die feitherrige Politik der SPD. und des verlogenen Zentrums. In herrlichen Worten widerlegte Pg. Lenz die Behauptung der schwarz-roten Verleumder: Nationalismus und Sozialismus händen sich wie Feuer und Wasser gegenüber.

Stürmischer Beifall dankte dem Redner für seine Ausführungen. Wie immer, wagte es kein Vertreter der roten und schwarzen Verleumder, zur Diskussion zu sprechen. Im Schlusswort hielt Pg. Lenz Generalabrechnung mit den heutigen Regierungsparteien. Sein Schlusswort endete mit der Forderung: Das deutsche Volk muß sich die Inschrift des Denkmals der Gefallenen von Langemarck zu eigen machen. „Deutschland muß leben und wenn wir sterben müssen.“ Wie überall, so ist auch in Gaggenau Horst-Wessels-Lied zum Volkslied geworden, das die Massen mit Begeisterung sangen.

Lenz-Versammlungen.

Pg. Lenz, M. d. R., spricht:

Dienstag, den 12. Mai, in Halle, Freitag, den 15. Mai, in Mannheim.

Schriesheim.

Donnerstag, den 14. Mai (Himmelfahrtstag), abends 8 Uhr, findet im Saale zum „Adler“ ein

Deutscher Abend

statt. Mitwirkende: Die S.A.-Hauskapelle und Mädchen-gruppe Schriesheim.

Redner:

Pg. Kreistat Plattner, Karlsruhe, und Dr. Roth, Karlsruhe.

Der Freiheit eine Gasse!

Die Einwohnerschaft Schriesheims und der gesamten Umgebung sind zu diesem Abend eingeladen.

Ortsgruppe Schriesheim.

Achtung!

Pg. gesucht, die während ihrer Militärdienstzeit bei Proviantämtern und bei der Küche beschäftigt waren.

Sturmbannführer 1/4.

Eintrittskarten für die Goebbels-Versammlung am Freitag im Mannheimer Aibelungensaal sind nur noch in beschränkter Anzahl zu haben. Die Eintrittskarte für Kriegsbeschädigte und Erwerbslose zum Preis von 20 *Reichsmark* sind ab heute auf der Geschäftsstelle und am Freitag an der Abendkasse erhältlich.

Achtung Sektionsleiter!

Nichtverkaufte Eintrittskarten von der Goebbels-Versammlung müssen nach Möglichkeit am Freitag nachm. bis 7 Uhr auf der Geschäftsstelle abgeliefert werden. Die Gesamt-abrechnung hat innerhalb der vorgeschriebenen Zeit (5 Tage nach der Versammlung) zu erfolgen.

Aufruf!

Nationalsozialistischer deutscher Kergelbund Gau Baden!

Mitte Mai findet in Baden-Baden die Goutagung des N.S.-Deutschen-Kergelbundes statt, zu der an die Mitglieder Einladung ergeht.

Kerzte, Apotheker, Tierärzte und Zahnärzte, die noch nicht dem Bunde angeschlossen sind, werden gebeten, sich bei dem Gauobmann Dr. med. Pakheiser, Heidelberg, zu melden.

und in Lörrach

Pg. Lenz M.d.R. sprach am vergangenen Montag im dichtgefüllten Saale des „Storchens“ über: „Von roten Ketten macht Euch frei allein die deutsche Volkspartei“. Eine Anzahl Schweizer, die allmählich dem Baseler Zeitungsquatsch nicht mehr glauben, sind nach Lörrach geeilt, um selbst einmal Zeuge zu sein, wie weit eigentlich die Zeitungsberichte mit der Wahrheit übereinstimmen. Die stramme S.A. in ihrer schmutzigen Uniform, die sie zum ersten Male wieder tragen durfte, wurde begeistert begrüßt. Wie ganz anders war deren Haltung, als die des roten Volksnachtwächters, der mit aufgewärmten Schauer-märchen „aufklären“ wollte. Pg. Lenz unterrichtete ihn dann, wie man in einer Diskussion sprechen muß, um Anhang zu finden. Er widerlegte diesem Velschheitsapostel seine Lügen, die er aus einer roten Journale eingenommen hat. Die Anwesenden brachen in Beifallstürme aus und selbst die Schweizer waren von Pg. Lenz begeistert. Mit unserem Kampflied schloß die Versammlung.

Das deutsche Buch.

ist die moderne Frau das Ideal des Deutschen?

Ungefähr seit 1918 können wir beobachten, daß die Ver-nichtung der Gesellschaft, die Volkswildung der Familie und des Volkes auf allen möglichen Wegen in die einzelnen Völker hineingetragen wird. Das Ziel der Weltrevolution ist, einen Menschenbrei ohne sittliche Bindungen und damit ohne Widerstandskraft, den Ausbeutern gegenüber zu schaffen. In welchem Ausmaß dieser Plan heute schon gelungen ist, kommt dem völkischen Betrachter tagtäglich in erschreckender Weise zum Bewußtsein. Mögen in Sowjet-Rußland, in den Vereinigten Staaten, in England, das noch vor wenigen Jahrzehnten gegen diese moderne Senche beinahe gefest schien, die Zustände noch schlimmer sein wie bei uns; auch im deutschen Volk beginnt die Frauenfrage in ein gefährliches, ja tödliches Stadium zu treten. Im Maiheft des „Weltkampfes“ (Monatsschrift für Weltpolitik, völkische Kultur und die Lebensfrage aller Länder — Deutscher Volksoverlag, Dr. C. Voeppl, München, Preis RM 2.40 — Schill. 4.10 vierteljährlich, RM — 80 — Schill. 1.40 Einzelheft und Portio) befaßt sich Hans Hauptmann mit dem Thema „Die moderne Frau — die deutsche Frau“. Er sieht über die Tatsachen und die Gründe der Abkehr vieler deutscher Frauen von ihrer Bestimmung und ihrer Pflicht Klarheit zu schaffen und kommt zu erschütternden Ergebnissen. Der Leser muß seine Ausführungen als richtig und treffend anerkennen, von dem wirklich deutsch gebildeten Frauen aber muß erwartet werden, daß sie den Kampf gegen die Entartung aufnehmen und ihre Geschlechts-genosseninnen zurücksühren zu ihrer erhabenen Aufgabe. Ausgangspunkt für starke, gesunde und hochstehende Geschlechter im zukünftigen dritten Reich zu werden. Wer sich für die „Welt-kampf“-Arbeit, die diese und ähnliche Gebiete behandelt, interessiert, möge beim Verlag unerbündlich ein Probeheft anfordern.

Nationalsozialismus und Katholische Kirche, 2. Teil: Antwort auf Kundgebungen der deutschen Bischöfe. Von Univ.-Prof. Dr. Johannes Stark, 24 Seiten, 80 Pf., Brosch. 30 Pfg., München 1931, Verlag Frz. Ehr. Naehl, G. m. b. H.

Die von den katholischen Bischöfen in letzter Zeit erlassenen Kundgebungen besagen, daß Katholiken nicht der Hitlerpartei angehören dürfen. Zu diesen Erlassen wird nun von nationalsozialistischer Seite Stellung genommen und zwar von Universitätsprofessor Dr. Johannes Stark, der schon vor kurzem die Kirchenpolitik der NSDAP. in einer umfangreichen Broschüre darlegte. Wie aus der Einleitung hervorgeht, begrüßt die NSDAP. die bischöflichen Verlautbarungen, denn sie enthalten die Angaben, auf Grund deren es dem Katholik-Stäubigen angeht, unmöglich sei, sich zur Hitler-Partei zu bekennen. Der Verfasser versucht nun, jeden einzelnen Erlass zu widerlegen und man muß gestehen, daß dies ihm vorzüglich gelungen ist. Nach-dem sich die kirchlichen Erlasse auf „Informationen“ aufbauen, die von der Zentrums- und Bayer. Volkspartei-Presse stammen, also politisch einseitig geführt sind, werden sie nicht umhin zu dieser neuen wichtigen nationalsozialistischen Verlautbarung Stellung zu nehmen.

Der Deutsche Kriegerbund schreibt:

Für unsere Frontkrieger!

Das „Badische Feld-Ehrenkreuz“ am gelb-roten Ordens-bande ist noch vielen Kriegsteilnehmern unseres Bezirkes unbekannt. Die Zuerkennung des Ehrenzeichens nebst Befähigung erfolgt nach Prüfung des Antrages durch den Deutschen Krieger-Bund 1914/18 e. V., Landesgeschäftsstelle „Süd-deutschland“ Freiburg i. Br., Guntramstraße 16. Auskunft und Antragsbogen sind dabei unter Beifügung von 40 Pfg. in Briefmarken anzufordern. Die Verleihung geschieht entsprechend den erlassenen Bestimmungen des Reichsministeriums des Innern.

Auskunft über den Bund und die Kriegs-Ehren- und Erinnerungskreuze von Preußen, Sachsen, Württemberg und Bayern, sowie der staatl. kgl. ungarischen Kriegserinnerungs-Medaille und der staatl. Landesdenkmünze von Tirol 1914/18 (für Ostfront, Balkan etc. und Italienfront) wird ebendabei erteilt. — Der D. K. B. 1914/18 e. V. steht unter dem Protektorat hoher Persönlichkeiten des Weltkrieges 1914/18.

Am 15. Mai spricht

Dr. Goebbels in Mannheim

Nationalsozialistischer Lehrerbund.

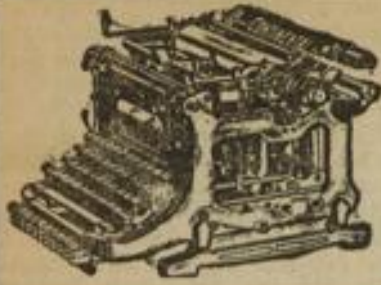
Beiz, die Mitglieder, welche dem Bad. Lehrerverein angehören! Der Kandidat für den Obmannsposien im Bad. Lehrerverein, Herr Lindenfelser, wurde sowohl durch Einsendebrief, als auch durch den „Führer“ (26./27. 4. 31) aufgefordert, Stellung zu nehmen zu den Äußerungen des Herrn Hoffeinz und zur einseitigen Haltung der Badischen Schulzeitung. Er hat bis jetzt nicht geantwortet. Daraus ist ersichtlich, daß der alte Kurs weitergeht.

Zur Wahl ist deshalb folgende Stellung einzunehmen: Alle Mitglieder beteiligen sich an der Wahl. Zum Protest wird aber die Liste durchgestrichen. Jeder ist verpflichtet, für die Weiterverbreitung zu sorgen.

Herausgeber u. Verleger: Karl Lenz, M. d. R. für den Gau Baden. Hauptgeschäftsleiter und verantwortlich für den Gesamtinhalt: Fritz Hoas, für Anzeigenteil: Otto Heller, beide Mannheim. Buchdruckerei: Schmalz & Pöschinger, Mannheim.



Bezirk Groß-Mannheim.
Geschäftsstelle Mannheim, P 5, 13 a. Telefon 317 15.
Geschäftsstunden von 8—12 und 14—19 Uhr.
Geld- und Einschreibebefehden: NSDAP. Mannheim, Hans Felt, P 5, 13 a.
Postcheck-Konto: Ernst Röllner, Mannheim, Konto Ludwigshafen 18375.
Stellvert. Bezirksleiter: Dr. Otto Orth, Di. u. Fr. 14—19 Uhr.
Stellvert. Ortsgruppenleiter: Hans Felt, 16—18 Uhr.
Kassenverwaltung: Loewe, täglich von 10—12 und 16—18 Uhr.
Abrechnung für Beiträge der Sektionskassiere v. 15.—18. d. Mo.
Organisation und Propaganda: Trautwein, 10—12 u. 16—18.
Betriebszellen-Abteilung: Löglich von 10—12 u. 16—18 Uhr.
Bezirksfachberater für Arbeitsvermittlung und Erwerbslosenfragen: Sturm, Dienstag und Donnerstag 16—18 Uhr.
Sozialamt: Hänser, Mittwoch 18—19 Uhr.
Kommunalspolit. Abteilung: D. Kother.
Opferung „Deutsche Freiheit“: Dipl.-Ing. A. Fehrmann.
Donnerstag 18—19 Uhr. Postfach: Ludwigshafen 5987.
Landtagsfraktion: Prof. H. Kraft, Mi. von 17—19 Uhr.
Buchhandlung: Ernst Röllner, 9—12 und 14—19 Uhr.
S. A.-Standarte: Feit, Samstags von 16—18 Uhr.
S. A.-Kasse: Schmidt, täglich v. 17—19 Uhr, außer Mi. u. Do.
Hitler-Jugend: Koffler, Samstags von 16—18 Uhr.
Frauen-Orden: Frau A. Roth, Donnerstags 16—17 Uhr.
Nationalsozialistische Lesehalle, P 5, 13 a. 9—12 und 14 1/2—18 Uhr.
Steuerberatung: Erhard, Dienstags von 17—19 Uhr.
Verlag und Schriftleitung „Das Hakenkreuz-Banner“: U 6, 24, Tel. 317 15, Nebenanschl.
Verlagsleitung: Kunkel, täglich 10—12 und 16—18 Uhr.
Schriftleitung: F. Hoas, täglich 10—12 und 16—18, Dienstag und Freitag nur 16—18 Uhr.
Redaktionschluss: Montag und Donnerstag 12 Uhr.
Anzeigenabteilung: Heller.
Anzeigenannahme: U 6, 24 u. P 5, 13 a. tägl. 8 1/2—12, 14—18 Uhr.
Annahmefluß für Anzeigen: Montag u. Donnerstag 12 Uhr.



Continental-Standard- u. Continental-Klein-Schreibmaschine

Gebrauchte Maschinen werden in Zahlung genommen.

Generalvertrieb: **Karl Herr, Mannheim L 1, 2** · Fernsprecher Nr. 21518

Verblüffend
ist die
neueste
**Preis-
ermäßigung**
für
**Trefzger
MÖBEL**

Verkaufsstelle:
Mannheim
O 5 1
Südd. Möbel-Industrie
GEBR. TREFZGER · C. M. O. H. RASTATT

Während den Werbetagen
verkaufe ich **1 Restposten**

Kammgarn-Anzüge

nur gute Qualität
farbig RM 35.- bis 48.-
blau, reines Kammgarn auf
K'Seide Serge gefüttert jeder
Anzug z. Ausschauen **RM 48.-**

Herrenkleider-Etage
Mannheim P 2, 2 LUTZ

Nationalsozialistische Frauen!

Gewaltig ist die Macht der Frau in wirtschaftlicher Beziehung. Als Vorsteherin der Familie gleitet durch Ihre Hände das Geld, das der Mann in harter Arbeit verdient. Und auf diesem Gebiete kann gerade die nationalsozialistische Frau unendlich viel Gutes leisten.

**Werft die Judenzeitungen aus eurer Wohnung!
Kein Haushalt ohne die nationalsozialistische Zeitung „Das Hakenkreuz-Banner“!**

Kauft nur beim nationalsozialistischen Geschäftsmann, oder beim Inserenten des Hakenkreuzbanners. Stärkt wirtschaftlich nur jene Kreise, die sich zu uns bekennen!

**Erklärt bei jedem einzelnen Einkauf:
Ich komme auf Ihr Inserat im Hakenkreuz-Banner**

PREISABBAU IN DER TAT!
KAPOK - MATRATZEN

HEUTE NUR NOCH: Telefon 27833
45.- 55.- 65.-

Eigene Herstellung - Beste Verarbeitung
Garantiert reiner Java-Kapok - Bester Leinwandrell

LUTZ
POLSTER-
WERKSTÄTTE T 5, 18
Zwangslos Besichtigung erbeten. Zahlungsvereinfachung 256

**Erwerbslosen- und Kriegsbeschädigten-
Eintrittskarten zur Gübbe's-Versammlung**
am Freitag, den 15. Mai 1931 nur im beschränkten Maße gegen Vorzeigung eines Ausweises auf der Geschäftsstelle P 5, 13a und Abendkasse erhältlich.

Eintrittspreis RM -.20, Einlaßgebühr RM -.10.
NSDAP., Ortsgruppe Mannheim

GUTSCHEIN

(Gültigkeit bis auf Weiteres)

Dieser Gutschein berechtigt Sie zur Aufgabe eines 20 mm hohen einspaltigen

**Stellengesuches
An- u. Verkäufe
Vermietung von
möbl. Zimmern**

zum Ausnahmepreis von nur
50 R.-Pfennigen

Jede Mehrzeile wird mit 7 Pf. pro mm-Zeile berechnet

„Das Hakenkreuzbanner“
Anzeigenabteilung: U 6, 24

Name: _____
Wohnort: _____
Straße: _____

Karl Link, Oftersheim
Viktoriastr. 7

Vertrieb des Hakenkreuzbanners
für Schwetzingen u. Oftersheim.

Schuh-Reparaturen

Wo?

Nur beim **„Finken Ludwig“**
S 2, 9, Mannheim R 4, 22
J 4, 5-6
Sofortige Abholung und Zustellung

**Schlaf-
Zimmer**

Edle, wunderschöne, vorjährige Möbel, wirklich zuverlässiges solides Material, volle Flächen, bestehend aus: 1 großer 3 türiger Schrank, zwei Meter breit, m. Innen-Spiegel, 1 Wascht. mit w. Marmor u. elegant. Ovalspiegel, 2 Bettstellen, 2 Nachttische m. weißem Marmor, 2 Stühle, 1 Handtuchhalter. Um mit dem Schlafzimmer rasch zu räumen, haben wir den Preis von 850.- auf 620.- RM. herabgesetzt. Für so wenig Geld können Sie nirgendwo ein so solides Schlafzimmer m. groß. Schrank, welches bleiben Wert besitzt, erhalten, eine solche Gelegenheit ist selten.

**Neues kau-
nußb. poliertes
Schlafzimmer**
herrliches Stück, anstatt 1050.- RM
für nur **RM 600.-**
177 abzugeben.
Seeburger, S 4, 16

August Hess
Möbel - Werkstätten
Telefon 441 78
MANNHEIM
Schwetzingenstraße 98

Anfertigung von
Wohnungseinrichtungen u.
Einzel-Möbel. Ständiges
Lager in Muster-Zimmern
Lieferung frei Haus.
Kein Zwischenhandel.

Ortsgruppe Schriesheim
Den Vertrieb des
Hakenkreuzbanners
hat Pg. Liepelt, Bahnhofstraße.
Bestellungen werden jederzeit entgegen-
genommen.

Achtung! Hausfrauen!

Sie selbst reinigen Ihre getünchten aber rußigen
Decken, Tapeten od. Wände in 1 Stunde
auf Neu.

Kein Staub oder Schmutz, daher kein Aus-
räumen der Zimmer notwendig.
Preis pro Dose, ausreichend für eine ca. 12 qm
Decke und Tapete frei Haus RM 3.-.
Bestellungen unter Nr. 517 an d. Verlag.

**Achtung!
Zigarrenhändler**
decken den Bedarf nur
b. Parteigenossen ein.
(Karte genügt.)

Christ. Villhauer
Zigarrenfabrik
Reilingen i. B.

Adam Ammann
Spezialhaus
für Berufskleidung

Du 3, 1
Fernsprecher 332 89

AUTOMOBIL-SATTLEREI

Heinrich Schneider, Mannheim
Schwetzingenstr. 118 · Tel. 42169

Anfertigung sämtl. Sattlerarbeiten, Polsterbezüge, Allwetter-Verdecke, Gummimatten, Reihenhüllen, Kühlerhauben, Kabriolett-Verdecke und Federschutz-Gamaschen
D. R. G. M.

Schwalbach
M 7, 12a (am Zatterfall)

**Tapezier-, Polster-
und Linoleumarbeiten**
werden fachgemäß bei
mäßiger Berechnung
ausgeführt. 403

Valentin Thome
Pflögersgrundstraße Nr. 7

SCHUH

Reparatur - Werkstätte
Expres

Verwendung von erstklass.
Markenleder unter billigster
Berechnung

Gust. Kannewurf
Schwetzingenstr. 158 · Tel. 400 95
Freie Abholung und Zustellung

**Spezialwerkstätte
für Klubmöbel**
Hans Müller, Mannheim
nur Große Wallstraße 10
Telefon 424 20

Tapezier-Arbeiten, Auf-
arbeiten und Neuanfer-
tigung von Polstermöbel
und Matratzen, Zimmer-
tapezieren billigst. 69
Chaiselangen v. RM 30 an
W. FREY
Luisenring 82 (Zeilhof).

Café „NIEDLICH“

am Herchelbad T 3, 10

Gut bürgerlichen
**Mittags- und
Abendisch**
50, 20 u. 85 Pfennig

Denison Becker
F 3, 13a

Victoria - Drogerie
**Chemikalien
Drogen
Photo**
Dr. A. Wesch, Mannheim
Schwetzingenstr. 26 / Tel. 428 94
Schuhmacherel 403

**Meidet Warenhäuser, Konsumvereine und jüdische
Ramschbazare! Tätigt Euer Einkäufe nur bei unseren Inserenten!**